

zur Drobung mit seinem Rücktritt geübt. Es ist das selbe Spiel wie bei der Erreichung des nungsfördernden Reiches...

Die Sozialdemokratie durchschaut dieses Spiel des Zentrums vollständig. Für sie ist es aber selbstverständlich, daß sie ihre Zustimmung nur nach sachlichen Gesichtspunkten erteilt...

Darum kann sie den taktischen Manövern des Zentrums mit gutem Gewissen zusehen. Mögen sie auf Krieg oder Frieden hinauslaufen, die Sozialdemokratie wahr ist ihr durch ihr Programm vorgeschriebene Stellung...

Die Abwehr des „Hinausgeschmissenen“.

Wilhelm II. hat am Mittwoch im Deutschen Landwirtschaftsrat von einem Pächter erzählt, den er „hinausgeschmissen“ haben will, weil er nicht mehr laugte...

Das zu der Herrschaft Cabinen gehörige Gut Rehberg ist von dem Besitzer des Rathes am 22. Oktober 1899 an den Rittergutsbesitzer Helmuth Sobell verpachtet worden...

Jetzt ist dieser Mann nach den Angaben seines Gutsheerra hinausgeschmissen worden, weil er nicht mehr laugte. In der Verteilung seiner Rechtsansprüche hat er aber jedenfalls mehr „Lautlichkeit“ bewiesen...

Blindung der Veteranenbeihilfe.

Recht bezeichnend ist es, was am 1. Februar 1918 in der Gemeinde Kommern-Ruhr einem alten Krieger mit seiner Veteranenbeihilfe passierte.

Der Mann hat ausweislich seines Militärpasses bei Weidenburg, Böhren, Sedan und vor den Namen von Paris mitgeführt, hat ein glänzendes militärisches Führungsgewand, auch im späteren Leben keine Strafen erlitten...

wiesen w. b. Wöllig arbeitsunfähig ist er auch, denn er ist zum Reichswalden erklärt.

Nun hat er einen 19 Jahre alten Sohn, der körperlich zwar völlig gesund ist, aber an Geisteschwäche leidet und deshalb auf Kosten des Armenverbandes in einer Provinzialheilanstalt untergebracht wurde.

Hingzu kommt noch, daß die dem Armenverbande erwachsenen Kosten unmöglich so hoch sein können. In einer Auskunft der Anstaltsleitung heißt es nämlich, daß der Sohn „sich stets ruhig und ordentlich halte“...

Weil aus allen diesen Gründen der Veteran nicht zahlte, verfügte die Eingebungsbehörde die Pfändung des Reichsagnadensoldes. Ein Polizeibeamter erschieß an Zahllich und ließ sich die ganze Veteranenbeihilfe ausbändigen.

Ein Schritt auf dem Wege zur Einheitschule.

Seit einigen Jahren ist in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. eine Mehrheit gegen die Vorschulen vorhanden. Sie mußte, wollte sie es nicht nur immer mit Verbürgungen vor der Einheitschule bewenden lassen...

Am Dienstag kam die Angelegenheit im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung. Die Mehrheit des Ausschusses hatte inzwischen bereits nachgegeben, daß sie die erforderliche Zahl der Vorstellen für Vorschulen an der Mittelschule für dieses Jahr noch als Provisorium bewilligte.

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschloß, den Magistrat zu eruchen, von Ostern 1914 ab die bestehenden Vorschulen schrittweise abzulassen und die Volksschule so auszugestalten, daß ihre Zöglinge nach dreijährigem Besuch zum Eintritt in die höhere Schule befähigt werden.

Das Petroleummonopol in der Reichstagskommission. Nachdem in der ersten Lesung der Kommission der Entscheidung § 1 der Vorlage abgelehnt wurde, begann Donnerstag die zweite Lesung...

In einem lebhaften Zusammenstoß zwischen Marineverwaltung und der Mehrheit der Budgetkommission führte die Kritik, die an den Tafel- und Meißelarbeiten der Seeoffiziere geübt wurde. Diese Fehler haben schon in früheren Jahren in der Kommission eine Rolle gespielt...

Das Reichsmarineamt will zur Freitagsfeier einen Nachweis über die Verwendung der Freitagsfeier erbringen, an denen auch vom Zentrum und den Volksparteikern Kritik geübt wurde.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstags. Die Wahl des Abg. Dr. Urendt wurde am Donnerstag für gültig erklärt, weil ihm selbst im ungünstigsten Falle noch eine Mehrheit von über 400 Stimmen gebieten würde.

In der Budgetkommission des Reichstags gab es am Mittwoch eine kleine Schachmacherlei gegen die partiellistische Arbeitsvermittlung. Beim Gait für Handel und Gewerbe bemerkten nämlich nationalliberale und freikonservative Redner...

„Eselverkäufer“. Mit diesem Ausdruck belegte die „Egener Arbeiterzeitung“ den Arbeitswillingenvermittler Lange. Das Gericht erkannte auf 50 Mk. Geldstrafe...

Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Falkberg.

Allein trübselige Gedanken tauchten in ihr auf. War es wohl mit der Schilgerel, kann war Josse unerschrocken. Aber dennoch... sie hatte ihn so gern. Es tat ihr nur so weh, daß er so wild drauflos lebte...

etwas von dem Zerkerten und Heiligsten genommen hatte, das sie besch... Das war ein abscheulicher Raub... Josse hatte nach und nach seine Bergarbeiten wieder aufgenommen. Er mußte immer in Tätigkeit sein...

In den Berggängen sprach man davon, daß des Nachts irgend jemand im Materialhaufe herumwirtschaftete. Keiner wachte, mer es war. Dynamit und Minenbohrer waren von ihrem gewohnten Platz verschleppt, aber es fehlte nichts an den Dingen...

Josse gab dem Herrn Sogemann jetzt deutlich zu verstehen, daß sie nicht von ihm wisse. Erreichte sie ihre Arbeit. Das war er doch etwas freudig, daß sie ihm kurz und bündig antwortete...

Die Nacht... die Nacht! Sie beherrschte Stammel und Erde mit Menschen. Und die Ewigkeit... Er sah auf dem Bergflur am Ofen und rang die Hände. Es wollte man niemals mehr Tag werden!

„Er hat dich auf dem Acker, Per!“ Die Amussen wälzte sich im Bettstroh und lächelte unter der Decke. „Ja, ja Perdel auch!“ Per Scharobben lachte laut und glücklich.

Freie Turnerschaft Breslau.



Sonabend, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Fortsetzung der
General-Versammlung
 im Deutschen Kronprinzen (H. Saal)
 Weidenstraße 52. 10260
 Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Sonabend, d. 15. Februar, abends 8 Uhr,
 findet im Gemeindefaale der Pauluskirche,
 Frankfurterstraße, ein 10256

Volkunterhaltungsabend

statt.
 Darbietungen: Deklamationen, Knabenchöre, Lieder
 für Bariton, Streichquartette, Vortrag: „Theodor
 Körner, ein Sänger und Held“.
Eintritt frei. Programme kostenlos.

Dazu ladet ein
Der Prüfungsausschuss für Jugendschriften
 Abteilung des Schlesischen Lehrervereins.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltung Breslau.

Bauschlosser und Kunstschmiede zc.
 Sonntag, den 16. Februar 1913, früh 10 1/2 Uhr,
 in den Kantine des Reichsausschusses 52 (Waldschlößchen).

Branchen-Versammlung.

Bauanschläger

Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr,
 bei Jbieth (Malergasse): 10295

Branchen-Versammlung.

Achtung! Alle in Bauberufen beschäftigten Arbeiter!
 Alle Bauanschläger, Bauschlosser, Elektromonteur,
 Klempner, Heizungsmonteur und Rohrleger müssen
 mit Besondereinrichtungen versehen sein. Wer nicht im Besitz einer Karte
 ist, gilt als unversichert. Wir ersuchen jeden Kollegen nach der Karte
 zu fragen. Die Ortsverwaltung.

Zaborze S. Sonntag, den 16. Februar, nachm. 5 Uhr
Volkversammlung
 bei Grünberger, Weidenstraße. 10296
 Tagesordnung: Vortrag des Arbeitersekretär N. Andersch-
 Katowitz über: Patrioten, Sozialen und Sozialdemokraten.
 Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Stadt-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr: 10104
 „Alessandro Stradella“.
 Sonntag 7 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.

Lobe-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr: 10110
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag 7 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.

Thalia-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr: 10116
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag 7 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr: 10127
 „Die Marine-Süß“.
 Sonntag 8 Uhr:
 „Die Marine-Süß“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Die Marine-Süß“.
 Abends 8 Uhr:
 „Die Marine-Süß“.

Circus Busch.

Schles. Jubiläumsfestspiele
 Freitag 8 Uhr: 10126
 Sonntag 8 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Abends 8 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.

Victoria-Theater.

Freitag 8 Uhr: 10128
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag 8 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Abends 8 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.

Victoria-Theater.

Freitag 8 Uhr: 10128
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag 8 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.
 Abends 8 Uhr:
 „Der gute Mensch von Sezuan“.

Zeltgarten.

10085 Das neue
 glänzende
Programm
 Anf. 8 Uhr. Ganz günstig.

Zeltgarten

Tunnel. 102373
 Sehenswürdigkeit Breslaus.
 Täglich: Doppel-Konzerte.
Wiener Schrammeln
 mit Gesangsbeilagen
 Entree frei. Anfang 7 Uhr.

Palmengarten

Heute Freitag:
: Bockfest :
 und
Prämierung
 der. 10268
2 Damen 2
 mit größten tragbaren
Muffe.
2 Kapellen 2
 Entree frei! Entree frei!

Gajen! Gajen!

Vetter jagt Süßholz 30
 Pf. den
 10.98
 E. Valentin, Markt 42.

Central-Schreiberei

Breslau I. Tel. 10979,
 Oskarstr. 75, I. u.
 Adressenverlag
 Markt - Breslau

Reuschestrasse. **Nr. 52.** Reuschestrasse

Zur Konfirmation
komplette Anzüge von 6 bis 25 Mk.
 Reusche-
 str. 52. **EDUARD FREUND** Reusche-
 str. 52. 10259

Sozialdemokratischer Verein Breslau.
 Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr,
 im Saale des „Goldenen Zepter“, Klosterstraße 47:
Mitglieder-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Der Haushaltetat der Stadt Breslau.
 Referent: Genosse Paul Söbe. 10268
 2. Die bevorstehende Landtagswahl.
 Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Vorstand.

Pfänder-Auktion
 Leihamt Westendstr. 47
 21. Februar er.
 Besichtigung bis 16. Februar er.

Grad- u. Schrot-Anzüge,
 sowie Klapp- und Jagdanzüge vertreibt
H. Anders 9783
 Weidenstr. 8, Ecke Waisenstr.

Gegen sof. Zahlung 10279
 kauf. alle Schrl, Kommb., Weill., Dreif.,
 ganze Nachlässe. Ost. biest., auch rindl.
 Wähler, Gartenstr. 36, Bielefeldstr. 52

Für Logiswirte!
 Zur Jahrhundertfeier empf. m. groß.
 Kazer u. gebr. einlach. u. gut. Mädeln
 200 Weibchen, gg. Bm. Einrichtg.
 sehr billig zu dr. Friedrichstr. 53a,
 10270

Große Partie 10274
sanbere Federbetten
 preiswert zu verkauf. n.
 Friedrichstr. 53a, ptr. links.

Letzte Hasen
 Felste Fasanen, Rehrlücken
 Rehkeulen :: Rehblätter
 frische Kaninchen, Poular-
 den, Hühner empfiehlt 10284
HEIN, Viktorstr. 112.

in **Brieg** kaufen
Arbeiter u. Genossen
 Herrngarderabe, Kaaban-
 gardarabe, Konfirmanden-
 Anzüge, Wasche, Hüte, Schuhe
 alle Arbeitskleidung nur im
Berliner Bekleidungshaus
 Ring 34. Inh.: E. Juliusberger.
 Streng fest aber masser billige Preise.

Restergeschäft
 wird anständigen Leuten unter gün-
 stigen Bedingungen eingerichtet.
 Anzahlung erforderlich, Laden nicht
 notwendig. Offerten unter D. E. 8188
 an Rudolf Mosse, Dresden. 10270

6000
Herren-Hüte
 steif und weich **195**
 -streng modern-
 nur
Deutsche Hut-Industrie
 Schmiedebrücke 17/18. — Fil.: Adalbertstr. 6.

Zur Konfirmation!
Uhren, Ketten, Ringe,
Broschen, Ohrringe etc. 10261
 nur ganz billige zu billigen Preisen.
Max Frenzel, 39 Friedrich-
 Wilhelmstr. **39**

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von
Schuhwaren
 in Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln
 zu besonders billigen Preisen.
Martha Christmann, Geschäft-
 führerin.
 Auguste Koch,
 26 Scharingerstraße 36
 Bitte genau auf diese zu achten.

Einweihungs-Feier.
 Zu der am Sonntag, den **Einweihung**
 16. d. Mts. stattfindenden
 gefatte ich mir alle Freunde und Bekannte freundlichst einzuladen.
Carl Dickmann, Flegelstr. 1.

Konfirmanden-Anzüge
 in blau und schwarz, 1- und 2-reihig
 23, 21, 19, 15, 12, 10, 8 und 7 Mark
Herrenkleiderfabrik M. Juliusberger,
 Albrechtsstrasse 41, 2. Etg. (kein Laden.) 10278

Achtung Hausfrauen!
 empfehle großes Lager von Tisch-, Bett- und Leibwäsche,
 Wollwaren, Trikotsagen, Sanddunen, Kravatten, Strümpfen,
 Socken, Epigen u. Wändern. — Eig. Konfektion nach Maß.
Robert Jahn, Ecke Weidenstraße.

Rohtabak-Handlung G. Wulke, Breslau
 Museumplatz 4
 6108/2

**Paul Kasowsky, Hutmacher-
 meister**
Hüte, Mützen, Filzwaren
 Mehlgasse 38/40. 9786

Zur Konfirmation
 kauft man die elegantesten **Schuhwaren**
 und haltbarsten
 in denkbar größter Auswahl zu sehr soliden Preisen bei
Robert Kretschmer, 9771
 Schuhmachermeister,
 Friedrich-Wilhelmstraße 52, gegenüber der
 Friedrich-Kirche

Arbeitsmarkt.
 Für unsere neu eröffnete Betriebs-Werkstätte suchen
 wir tüchtige
Schneider, Bügler, Sandarbeiter,
 und Sandarbeiterinnen
 zum sofortigen Antritt.
 Meldungen Sonnabend nachmittag. 10235
J. Schlamme & Co., Schweidnitzerstr. 31.

Kleiner Anzeiger
 Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthchein
 5 Worte frei. Das erste Wort fett, Schriftart bestimmt der
 Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
 Kinderwagen, modern, zu kauf. gesucht.
 Off. mit Preis unter N. 100 a. b. Gr.
 d. Zeitung. 10286
Waldbetten, moderne Muster und
 Schwebel, empfiehlt Hein. Junfermannstr. 14,
 gegenüber Rißling. 10288

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
 ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
 die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie
 unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren
 Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und
 sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.
 Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“
 keine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Miet-
 gelege, Arbeitsgesuche, Arbeitergesuche und dergl. in der
 „Kleinen Anzeiger“ der „Volkswacht“.
 Durch alles dies wird die „Volkswacht“ also unterstützt.

1. Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Februar.

Der Etat im Stadthaus.

Außergewöhnlich lebhaft und umfangreich gestaltete sich die Fortsetzung der Etatsdebatte in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten. Zwar kamen nur drei Redner aus der Versammlung zum Vortritt, aber sie riefen vier Vertreter des Magistrats zur Abwehr heraus und dann mußte die Weiterberatung wegen vorgerückter Zeit mit reichbesetzter Rednerliste auf den nächsten Donnerstag verlagert werden.

Der erste der Redner war Genosse Löbbe, der den ganzen Haushaltsplan einer kritischen Betrachtung unterwarf. Er machte Vorschläge zur Beschleunigung der Geschäfte und verlangte sofortige Vornahme der Stadtverordneten-Erstaahlen nach Eintritt einer Vakanz. Er erinnerte daran, daß man vor den Wahlen die Steuern unverantwortlich herabgesetzt habe, um sie nach der Wahl umso höher anschwellen zu lassen und führte als Hauptursache für die stark gestiegenen Ausgaben die vielen Aufwendungen für die Jahrhundertausstellung an, unter denen die sozialpolitischen Ausgaben beträchtlich leiden. Nach einer Besprechung des Armen- und Schuletats setzte er sich für den Zehnpennigtarif bei der Straßenbahn, für die Vermehrung der Spielfläge, für den endlichen Bau des Krematoriums, den Weiterzug des russischen Fleisches ein. Genosse Löbbe schloß mit der Ankündigung, daß seine Fraktion zur enblischen Förderung der Frage der Arbeitslosenversicherung die Einsetzung von 20 000 Mark als erste Rate in den Etat beantragen würde, eine Ankündigung, die von der Versammlungsmehrheit mit Murren und Knurren aufgenommen wurde. Ein Musterbild von kommunalpolitischer Unerschrockenheit lieferten die nun folgenden Reden der beiden Vertreter der Rechten, der Advokaten Herschel und Wujakowski. Sie empfahlen — Sparsamkeit und Herabsetzung der Steuern und machten dann ihren Wunschzettel auf. Herr Herschel will sparen und empfiehlt dazu: Ankauf der Häuser auf der Herstraße, Pflasterung der Baustraße, hellere Beleuchtung des Gneisenaplatzes und der Sternstraße — als ob die dem finsternen Domviertel etwas nützen könnten — Durchbruch des Siechbüchels, Verdröterung der Sandstraße, Wegführung der Gauden, Umgestaltung des Uniersitätsplatzes, Mehrausgaben für die Gartenverwaltung, Schaffung neuer Beamtenstellen und die Servistafel A für Breslau und nachdem er so wie ein Mädchen aus der Fremde jedermann etwas Schönes mitgebracht hat, verspricht er den anderen — Herabsetzung der Steuern! Herr Kuratus Jennig, der als überwachende Behörde im Zuschauerraum erschienen war, schenkte von dieser Leistung keines Beachtens so enzündet, daß er bald darauf den Schauspiel seines Ruhmes verlieh, während Herr Wujakowski mit großer Behemung alle alten Kamellen wieder ausgrub, die er im Laufe des letzten Jahres der Versammlung und dem Magistrat zu kosten gegeben hatte. Daß er dabei längere widerlegte Märchen zum 101. Male wiederholte, wurde ihm mit steigender Deutlichkeit vom Kammerer Matsch, vom Bürgermeister Trentin und vom Oberbürgermeister Matting erregt; er schüttelte sich die Kettlistation aber ab, wie ein Pudel das lästige Wasser. Erfolgreich war die Entscheidung, mit der Herr Stadtschulrat Sack die konfessionellen Schulen des Herrn Genosse Schütz das Spezialgebiet der städtischen Arbeiterfragen besprechen, außer ihm sind aber noch fünf andere Redner eingezeichnet, so daß für eine weitere lebhafte Auseinandersetzung schon im voraus gelogt ist.

Als bemerkenswert verdient vielleicht noch hervorgehoben zu werden, daß weniger Minuten, nachdem Herr Herschel einen Dithyrambus auf die patriotische Jahrhundertfeier gehalten hatte, sein Fraktionskollege Wujakowski die Ausstellung in Grund und Boden querullerte.

Die General-Kommission über den Stadthaushaltsplan für 1918

wird dann fortgesetzt; als erster Redner erhielt das Wort:

Stadto. Löbbe

Wenn in der letzten Zeit häufig Klagen geführt wurden, daß Arbeiten und Lieferungen der Stadt erliegen wurden, ebe die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung erteilt ist, wird die Versammlung zu prüfen haben, inwieweit sie selbst zur Beschleunigung des Geschäftsganges durch Ueberlastung ihrer Tagesordnungen beiträgt. Die Erledigung vieler Personalien läßt sich wahrhaftig durch einfache Auslegung während der Sitzung, die Beratung von Reparaturarbeiten durch Ueberweisung an eine Deputation schneller bewerkstelligen, damit wir uns mehr den wirklich wichtigen Vorlagen zuwenden und dann auch vom Magistrat mit mehr Recht die Respektierung der Versammlung verlangen können. Auch die Anstellung neuer Stadträte, zum Beispiel der zweite Schulrat, wird nur nach dem Bedürfnis zu beurteilen sein, wie unsere Geschäfte ausfallen gefördert werden können. Der Magistrat wird ferner dazu kommen müssen, die Erstaahlen für ausgesetzene Stadterordnete nicht erst alle zwei Jahre, sondern sofort nach Eintritt der Vakanz, mindestens aber alljährlich anzusetzen.

Im Vorbergrunde der bis jetztigen Etatsberatung steht die Frage über die wachsenden Schulden und die erhöhten Steuern.

Gegen neue Anleihen wird sich, allen guten Vorsätzen zum Trotz, nichts machen lassen, soweit sie wirtschaftlichen Zwecken dienen, nicht sie auch ganz unbedenklich, erschaffen sogar unsere Einnahmen; alle übrigen aber sind uns durch die stark beschleunigte der Städte durch die Besetze und Verordnungen der letzten Jahre aufgezwungen. Was die Steuererhöhung anbelangt, so haben wir bereits im vorigen Jahre bei der unumwundenen Herabsetzung darauf hingewiesen, daß die Freunde nur von kurzer Dauer sein würde, und nach den Wahlen die hitzige Enttäuschung der Bürger kommen würde. Ein großer Teil der Mehrausgaben wird von der Jahr hundert-Ausstellung verschluckt, der nicht nur die Steigerung des Preisenstands zu verdanken ist, sondern gar viele Arbeiter, die auf Kosten der Gartenbau-, Straßenbahn- und Grundbesitzer-

umsvermehrung gehen. Unsere Mahnung nach Sparsamkeit auf diese im Gebiete war also sehr angebracht. Wie sich in der Zwischenlage gekommen, nicht nur durch die Erhöhung der Steuern um einige Prozent. Die Steuern an und für sich sind das Uebel nicht, wenn sie nur gerecht abgestuft sind für Zwecke des Allgemeinwohls verwendet werden. Aber durch die finanzielle Lage der Stadt wird die Verschwendung zur Un- streichbehörde degradiert, wo sie doch Anregerin und Bahnbrecherin neuer humaner und sozialer Institutionen sein sollte. Fünf Jahre des Hedens und Heißens g'hörten dazu, die Summe für die Herkuleskolonnen um 1500 Mark zu steigern, Hunderttausende und Millionen aber hat man locker gemacht in einem Jahre für die Zwecke der Ausstellung. Nun muß selbst der Generalreserent zugestehen, daß am

Armen-Etat

nichts zu streichen ist, er wächst, weil wir die Hände nicht frei haben für vorbeugende Maßnahmen. Meistlich ist der von gewisser Seite so beflaggte Geburtenrückgang berufen, hier eine kleine Wendung zum Besten zu schaffen. Den seltener gewordenen Nachwuchs zu schützen und aufzuwiegen, ist eine städtische Mutterchaftskasse vorzuziehen. Wir begrüßen die Stellung Trunfsüchtiger, wenn sie in dem Umfang durchgeführt wird, als es neulich vom Stadtverordneten Zimmer gefordert wurde, und die Steigerung der Ausgaben für die Stillbehelfe, deren Einzelbetrag nicht herabgesetzt werden darf, wenn sie ihren Zweck noch erreichen sollen. Die leitliche Fürsorge für die Kleinsten ist vorderhand noch dringender, als die so plötzlich von oben angeordnete Jugendfürsorge, die jetzt vor ortie de mußit von Behörden und Privaten gelöst werden muß. Die Unterbringung gesunder Kinder von kranken Eltern ist als erster Schritt zu begrüßen, die Schularräktalität von einer bloßen Beschäftigung und Verattung zu einer praktischen Hilfe für gefährdete Kinder überzuführen; denn neuere Statistiken haben ergeben, daß viel mehr Kinder tuberkulös infiziert sind, als bisher angenommen wurde.

Im Schuletat

Stimmen wir jedem Fortschritt zu, der darauf hinzielt, die Kinder für das praktische Leben vorzubereiten und sie „zurück zur Natur“ zu führen. Die Ausbildung des Haushaltungsunterrichts, des Nähmaschinenunterrichts, der gesunden Erziehung, der Schülerwanderungen und der Gartenbau, auch der Zimmermann für Schulklassen liegen auf diesem Gebiete. Es ist auch dringend zu fordern, daß die Stadt die Einrichtung von Förderklassen für besonders begabte Volksschul- kinder nicht aus dem Auge verliere. Mit hohen Kosten ist die Abstandsnahme davon nicht zu rechtfertigen, denn von der Erhöhung der Schulkosten in diesem Jahre um 600.000 Mark profitieren die 9000 Schüler der höheren und mittleren Schulen 330.000 Mark, die 65.000 Volksschüler nur 280.000 Mark, also jeder einzelne nur den neunten Teil. Dabei stehen sich jetzt schon die großen Steuerzahler am besten. Pro Kopf des Volksschülers werden 4,36 Mark Zuschuß gezahlt, pro Gymnasialist 24,31 Mark. Ein Arbeiter mit 24 Mark Verdienst, der 19,65 Mark Kommunalsteuern bezahlt, erhält demnach für zwei Söhne noch 130,01 Mark Zuschuß; ein Kaufmann mit 6000 Mark Einkommen und 233 Mark Kommunalsteuern für zwei Söhne aber noch 250,21 Mark. Die Volksschule hat also viel einzubringen, wenn sie auch nur einmigermaßen ebenbürtig werden soll. Wir stimmen dem Turnunterricht für Fortbildungsschüler zu, verlangen aber den Unterricht auch für weibliche Schüler, deren Organismus durch einseitige Erwerbsarbeit noch viel mehr gefährdet ist, und ferner wünschen wir die Erteilung des Unterrichts durch angehende Lehrer, nicht durch die oft wachsenden Worte privater Dozenten.

Im Stadtheatertat, dessen vorausgehende Höhe manchen schmerzlich berührt hat, finden wir die Bestätigung dafür, daß der frühere Direktor mit den verfügbaren Mitteln nicht auskommen konnte. Doch scheint es, als ob das Theater jetzt geschäftlich und sozial auf eine gute Grundlage gestellt wird, bleibt uns der künstlerische Erfolg nicht versagt, dann wird wohl ein ruhiger Abschnitt in unserem Kunstinstitut erreicht sein.

Was bleibt, so fragen wir den Magistrat, das von der Versammlung gefordert?

Krematorium?

Soll Breslau die letzte Stadt bleiben, die sich in der Provinz zu jenem Bau entschließt? Sind die technischen Schwierigkeiten so übermächtig, oder fürchtet man die ultramontane Intransigenz?

Für eine Aushebung oder Herabsetzung der Umzahlungen sind wir nicht zu haben, die während nur dem Grundbesitzhandel und der Spekulation, nicht aber dem soliden, befestigten Hausbesitz nützen, der die Lücke durch Erhöhung der Gebäudensteuer ausgleichen müßte.

Neuer die hohen Volllitze und Provinzialkosten noch zu sprechen, lohnt kaum der Mühe, nachdem die staatlichen Instanzen hier doch machen, was sie wollen. Noch warten wir auf die erste unentbehrliche Lat der besseren Abstellung, die durch unsere Straßen spazieren reizt, wofür wir Mann und Roß füttern.

Der Weiterverkauf des russischen Fleisches muß entschieden gefördert werden, jemebr die Fleischerinnung durch Zunftangehörige die Abgabe billigen Fleisches zu verhindern sucht. Die Qualität des Schweinefleisches ist nicht schlecht, wie der Präses des Hauptvereins, sondern durchaus gut.

In der Sanierung unserer Wasserverhältnisse werden wir nicht ohne hartes Schwimmen den Vorkäufen des Magistrats folgen, doch ist zur Fortführung und Ausarbeitung der anderen Sanierungsprojekte die Bildung einer freien Kommission sämtlicher Sachverständigen sehr erwünscht.

Von der Straßenbahn wird uns ein ungünstiger Abschluß bevorsteht. Ob er fröhlich, ob er durch Ankauf unbrauchbaren Materials von der alten Gesellschaft und durch ausnahmungsweise umfangreiche Erneuerungsbauern über Gebühr belastet ist, muß erst nachgeprüft werden. Wenn sich die Revision des Zeitfahrplans als unzugänglich erweist, werden wir uns dem nicht entziehen.

am Zehnpennigtarif

aber daß nicht gerührt werden. Ist es richtig, daß die Inhaber gewisser Beitaruten bisher für 2½ bis 3½ Pfennig pro Fahrt verfrachtet wurden, dann haben die Käufer der 10 Pfennig-Billets die Bahn bisher erhalten und ihre Ueberhörsche herbeigezogen. Sie dürfen nicht durch Preis- erhöhung zu strafen, wies der rechte Schuldigerrecht. Sollten übrigens die Fraktanten für Stadterordnete, die verfrachtet übergeben wurden, zu dem schlechten Ergebnis, des Orts- bezuges haben, so ist meine Fraktion schon heute bereit, einem Antrag auf Aufhebung zustimmen.

Als wir vor zwei Jahren unsere Fraktion von sechs auf zwölf vermehrte, haben wir die Einsetzung einer Studienkommission für

Einführung der Arbeitslosenversicherung

beantragt. Drei Jahre sind seitdem verlossen und die Kommission hat seitdem im ganzen 141 Sitzungen abgehalten. Das ist eine Verhandlung, die Sie in einem anderen Stände zu bitten wagen würden! Als die Hausbesitzer in ihre Abgeordneten mit einem prächtigen Standorte am alten Markt von der Versammlung in acht Wochen erledigt, aber 166

Wochen warten wir auf unsere Versicherung. Die Stadt wird also der nächsten wirtschaftlichen Depressions ungerüstet gegenüberstehen. Um die Verschaffung von 20 000 Mark als erste Rate für die zukünftige Arbeiterversicherung in den Etat einzufüllen und wir glauben damit nicht nur das Interesse der Arbeitslosen und ihrer Familien, sondern auch des Mittelstandes, der von ihnen lebt, und der Stadt wahrzunehmen. Das bezug hat uns auch das von Wahl zu Wahl wachsende Vertrauen, daß die Blüthezeit unserer Tätigkeit ist.

Stadto. Herschel (Mer.): Ich möchte mich dem Vor- schlage des Herrn Löbbe nicht anschließen, alle Jahre Stadtverordneten-Ergänzungswahlen vorzunehmen, da wie schon genug Wahlagitation beobachten. Wir haben im vorigen Jahre große soziale Pflichten, müssen aber darauf halten, sparsam zu sein. Die große Jahrhundertfeier wird uns sicherlich die Verteuerung der Lebensmittel verschärfen, wie es in anderen Städten schon früher geschehen ist. Ich würde es deshalb zum Wohle aller gern sehen, von den 5 Prozent mehr Steuern, die wir diesmal erheben sollen, einen erheblichen Teil abzutreiben. Der diesmalige Sprung um 9 Prozent hat unangenehm berührt.

Der Herr Kammerer hat gesagt, unsere Finanzangelegenheiten sind schuld an den jetzigen Zuständen, und Herr Dettinger meinte, die Steuerfaktorei muß ein Ende haben. Da denkt ich, müßten wir alle nicht dringenden Ausgaben und Ausgaben zurückstellen. Es müssen Abstriche gemacht werden, wie es bereits beim Gas- werk und Elektrizitätswerk geschehen ist. Doch das allein genügt nicht, wir müssen sparen und neue Einnahmequellen erschließen. Da denke ich zunächst, ein neuer besetzter Schulrat ist nicht nötig, und bei der Ergänzung des Beamtenschafts- raths wird mit größter Sorgfalt zu verfahren sein. Ebenso muß die Ueberstundenarbeit genau geregelt werden, denn es geht nicht an, einem Beamten zum Beispiel 2000 Mark für Ueberstunden zu zahlen. Es können Beamten vermieden werden. Dabei brauche ich wohl nicht besonders betonen, daß ich das Krematorium nicht wünsche. (Beifall.) Gesparrt konnte werden bei manchen Festhaltenarbeiten und beim Jahressammensummen. Nicht nötig halte ich eine neue Oberrealschule, wie ich überhaupt darin einen Schaden sehe, daß wir zu viel hohe Schulen bekommen. In der Bürgerwehr behält er ferner Eigentümlich, daß nach jahrelanger Pause hier die Grundwasserpolizey durchgeföhrt werden soll. Unsere Bodenpolitik hat uns große Ausgaben verursacht. Wir besitzen jetzt Boden genug und können uns in Zukunft nähigen.

Im Innern der Stadt haben wir Verkehreshindernisse, die dringend beseitigt werden sollten: ich denke dabei an die Sandstraße, die Karolinenstraße, die Entlassung der Schweinehofstraße und die Freilegung der Unterstadt. So wie die Bauten auf dem Ringa jetzt stehen, machen sie keinen schönen Eindruck. Ich überlasse es der Versammlung, ob nicht die Verkehrsinteressen so stark sind, daß die Bauten fallen sollten. Die Pflasterungen sollten vor dem Feste eingekürzt werden. Das Privatbetriebe sollten arbeiten, als städtische, gegen die Straßenbahn und das Theater. Dabei ist allerdings anzuerkennen, daß die Straßenbahn jetzt bessere soziale Einrichtungen hat. Ich bitte noch, den Straßenbahnwagern die Beamtenobligationschaft zu geben, warum sie bitten. Bei der Straßenbahn darf nicht ohne uns stehen, mit ihr ein Geschäft zu machen. Das Theater bringt uns auch recht viel neue Ausgaben. Ich bin dabei kein Optimist, wie Herr Dettinger, der da meint, wir werden angenehme Enttäuschungen erleben.

Bei der Beleuchtungsfrage möchte ich bitten, die Sand- und Scheintinger Vorstadt besser zu bedenken. (Rufe: Aha!) Nun, ich will auch, daß die Müller Wilhelmstraße eine bessere Beleuchtung bekommt. Ob sich das mit dem Stadtsäckel verträgt, wird ja der Magistrat entscheiden. In der Schulverwaltung sollte es bei den kleinen Schulsystemen bleiben, denn der Rektor wird bei den großen Systemen mehr Verwaltungsmann als Schulleiter, der er doch sein soll. Sie werden von mir nichts erwarten, als ein Bekennnis zur Konfessionschule. Da ist mir aufgefallen, daß gesagt wird in einer Magistratsbesprechung, in der katholischen Realschule werden auch Kinder anderer Konfession aufgenommen. Schließlich kommen wir so zur Simonsschule. (Beifall.) Von einer gänzlichen Abhebung der Umzahlungen für eine Änderung ja wohl keine Rede sein, dagegen wäre ich für eine Änderung zu haben. Für die Beamten möchte ich, daß Breslau in die Servistafel A versetzt wird. Die Ueberhörscheverbesserung hat gewiß längere Zeit gedauert, aber Herr Stadtrat Marx, der Deputierte, war letztes Jahr krank, und außerdem waren staatliche Erhebungen nötig. Die Fleischversorgung ist nach meiner Ansicht gescheitert. Verdient haben ein paar Zwischenhändler in Ruhland. Man muß auf andere Mittel sinnen. Wenn es gelänge, die Bevölkerung dazu zu bewegen, daß sie an zwei Tagen der Woche kein Fleisch ißt, dann wäre schon viel geholfen. Es gibt an dem Etat mancherlei auszufehen, aber in dem Jahre der großen Fete wollen wir hoffen, daß sich die Gegensätze ausgleichen und alle sich einigen in dem erhebenden Ansehen an die große Zeit vor 100 Jahren. (Ironischer Beifall bei den Liberalen und Sozialdemokraten.)

Stadto. Wujakowski (natlib.-kons.): Die Rede des Kammerers hat alles andere, nur keine freundliche Stimmung erweckt. Gegen den Vorschlag Löbbe, gewisse Vorlagen von der Beratung im Plenum auszuschließen, muß ich mich wenden, denn wir müssen überall sparen zu sehen, ob die nötige Sparsamkeit geübt wird. Die letzten Magistratsvorlagen lassen die nötige Sparsamkeit vermissen. Bei der Wasserfrage sollten wir Geld über Kopf Millionen bewilligen. Die Theaterfrage ließ die Sparsamkeit vermissen, die man bei einiger Kenntnis der Verhältnisse hätte wahren lassen sollen. Auch bei der Festhalle und der Ausstellung ist nicht die nötige Sparsamkeit geübt worden. Richtig Mehrausgaben sind gemacht worden; bei denen man sich fragen mußte, ob sie notwendig seien. Das hat dazu beigetragen, die heutige Finanzwirre vorzubereiten. Der Magistrat ist dafür allein verantwortlich. Die Ausstellung haben wir gewollt, aber wenn man uns den heutigen Rahmen vorgemalt hätte, würden wir sie nicht beschließen haben. Die Millionen von Kosten haben mit unserem nationalen Gefühl nichts zu tun. Für den Ankauf des „Goldenen Papiers“ würde ich heute noch stimmen. (Beifall.) Zur Sparsamkeit sind wir nicht gekommen. — (Beifall.) Wenn man schon solche Mittelmittel fordert, hätte man in jeder Hinsicht die größte Vorsicht walten lassen müssen. Unsicher ist es, wie man ein solches Blatt herausgeben konnte, über das alle Welt lacht. So darf man nicht den Tausenden nicht herumwerfen. Bei der Theaterfrage galt es, das Monopol zu brechen, zweitens die soziale Lage des Personals zu bessern und drittens die größte Sparsamkeit zu üben. (Beifall.) Was ist geworden? Die Dame des Theatervereins hat sich um ungeheuren Summen an- genommen. Wir haben auch die Gewalt nicht in die Hände des Magistrats legen wollen. Jetzt hat der Magistrat einen Mann an- gestellt, der wohl vom Hauptteil etwas versteht, aber nicht von der Oper. Er hat sich anfangs gar nicht einmal gemeldet und ist auf Umwegen kam er dazu, sich zu melden. Bei Aufstellung des Theatervereins hat man sich ohne weiteres auf die Ausgaben von 50 000 Mark festgesetzt, hat einen Zuschuß von 10 000 bis 50 000 Mark für das Geschäft und von 100 000 bis 150 000

Die Gewerbevertragswahl

steht vor der Ur. Noch 14 Tage und die freierorganisierten Arbeiter werden wieder mit dem Stimmzettel in der Hand beweisen, daß es vorwärts geht, trotz alledem.

Gewerkschaftler und Genossen, rüftet zur Wahl. Am 27. Februar, abends von 1/6 Uhr bis 1/9 Uhr wird in 16 Wahllokale die Wahl von 51 Besitzern der Arbeitnehmern zum Gewerbegericht vollzogen.

Es ist zu erwarten, daß jeder Arbeiter seine Pflicht im vollsten Maße erfüllt. Gewählt wird die Vorschlagsliste II des Gewerkschaftsrateils der freien Gewerkschaften Breslaus. Die Vorschlagsliste I beginnt mit dem Namen Ruboff, Ernst, Formner.

Der volle Erfolg der Wahl hängt diesmal davon ab, daß jeder eingeschriebene Wähler zur Wahl geht, um den Stimmzettel (Vorschlagsliste II) in die Wahlurne legt. Die Wahl ist geheim!

Genossen, auf zur Wahlarbeit! Agitiert nun von Mund zu Mund für die Gewerbevertragswahl.

Der Kartell-Ausschuß,

Der nächste Frauenabend

Die Vertreterinnen der Frauenabende haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Februar-Frauenabend erst Montag, den 24. Februar, abzuhalten, da Montag, den 17. d. M. der Bildungsausschuß den Meunier-Abend veranstaltet. Im Frauenabend soll die Bedeutung des Frauentages behandelt werden. Im März fällt der Frauenabend wegen des Frauentages am 8. März und der Osterzeit aus, doch ist dann der nächste Frauenabend am 7. April.

Die nächste Volksvorstellung

für den Bildungsausschuß findet am Sonntag, den 23. Februar, im Italia-Theater statt. Zur Aufführung gelangt Otto Ludwigs erareifendes Drama „Der Erbsörter“. Die Bühnenausschau erfolgt am Dienstag abend im Lokale „zum Sär auf der Orgel“, Kupferstraße 39.

Bei dieser Gelegenheit sei auch an den Kunstabend erinnert, den der Bildungsausschuß Montagabend im „Kronprinz“ veranstaltet und der die Breslauer Arbeiter mit einem der größten Künstler vertraut machen wird, die je die Arbeit verherlicht haben. Eine gleiche Gelegenheit, einen Kunstreitort zu hören, wird den Genossen jahrelang nicht geboten sein. Es empfiehlt sich deshalb, die Karten zum Preise von 20 Pfg. bald zu erwerben.

Die Kirchenaustrittsbewegung

erfüllt, so schreibt man uns, die Frommen beider Richtungen mit wachsender Sorge. So hat jetzt eine Versammlung der Freunde evangelischer Freiheit zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen versucht und sich von Herrn Professor Kaufmann einen entsprechenden Vortrag halten lassen. Die Versammlung war für Dienstag abend nach Paschke's Restaurant einberufen.

Herr Kaufmann wies in seinem Vortrage auf folgende, für die Frommen sehr bedauerlichen Tatsachen hin. Unter den unehelichen Kindern wurden 1900 noch 85 Prozent, 1910 aber nur noch 83 Prozent getauft. Ähnlich getauft wurden 1908 in Preußen 93 Prozent, 1910 aber nur 87 Prozent der Ehen. Im letzten Jahre sind in Berlin 10.000 Austrittserklärungen erfolgt, davon beim Gericht Berlin-Mitte allein 4000. Trotzdem wundert sich Herr Kaufmann aber nicht, daß die Kirchenaustrittsbewegung so groß ist; ihn wundert vielmehr, daß nicht noch mehr Leute ausgetreten sind. Die Masse sei zu gleichgültig. Er selbst will keinen Austritt aus der Kirche, sondern einen freien individuellen Glauben.

Herr Pastor Spaeth besaigte, daß in den Jahren 1900 bis 1910 über 90.000 Austritte aus der evangelischen Kirche erfolgt seien. Die Gerichte verweigerten neuerdings die Auskunft darüber, ob die Ausgetretenen zu anderen Sektens oder zu den Dissidenten übergingen. Um der Austrittsbewegung entgegenzuwirken, will er die inneren Schäden und die Verfaummisse der Kirche gutgemacht wissen.

Auf der katholischen Seite wird neuerdings die Kirchenaustrittsbewegung ebenfalls immer kräftiger gespürt, doch büßt man sich hier wohlweislich, Zahlen zu veröffentlichen. Man weiß und lobt nur ganz im allgemeinen über den wachsenden Unglauben und versucht durch Schirmung des religiösen Hasses, dem weiteren Umsichgreifen der gefährlichen Bewegung Einhalt zu gebieten. Aber auch das will nicht mehr fruchten.

*** Frauen als Waisenspfleger.**

Wie in anderen Städten, so werden auch hier die Frauen immer zahlreicher zur Waisenspflege herangezogen, wo sie der Gemeinde sehr gute Dienste leisten können. Auf Vorschlag des Waisen- und Kinderfürsorgeamts hat die Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag wieder einundzwanzig Frauen als Waisenspflegerin gewählt, darunter auch die Genossinnen Behrens, Dars, Donsky und Peickert. Genossinnen, die bereit sind, als Waisenspflegerinnen tätig zu sein, können sich im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, 2. Etage, melden.

Der beleidigte Eisenbahnpräsident.

Der Eisenbahnpräsident Reinhold Kothke aus Breslau wurde im Mai 1912 vom hiesigen Schwurgericht wegen Verbrechen im Amte zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem er zuvor wegen Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Einige Zeit nach dem Schwurgerichtspruch eskalierte Kothke bei der Staatsanwaltschaft gegen den Stationsassistenten A. u. L. von hier eine Strafsache wegen Meinesbes. Die Anklagebehörde hat nach eingehenden Ermittlungen das gegen Kothke eingeleitete Verfahren wieder eingestellt. Der Einstellungsschluß erfolgte im Spätherbst v. J. Am 26. November schrieb Kothke an den Präsidenten der Eisenbahndirektion Breslau, Herrn Wallisohn, einen geharnischten Brief, worin er diesen als Räuber bezeichnete und mit dem anmaßlich meinbildigen Aufruf auf eine Stufe stellte. Das seinem Inhalte nach beleidigende Schreiben stellte die Eisenbahndirektion der Staatsanwaltschaft an, die im öffentlichen Interesse gegen den Briefschreiber wegen Beleidigung Anklage erhob. Zur Hauptverhandlung vor das hiesige Schwurgericht ist der Eisenbahnpräsident Wallisohn geladen worden, um als Zeuge gehört zu werden. Außer ihm sind auch drei Mitglieder der Eisenbahndirektion vorgeladen worden, um in der gleichen Angelegenheit gehört zu werden. Aber weder der Präsident noch die drei Direktionsmitglieder waren beim Aufruf der Sache am Mittwoch erschienen. Der Präsident hatte nämlich vorher schriftlich zu den Alten angekündigt, er könne nicht als Zeuge erscheinen, weil ihm kein Vorgesetzter, der preussische Eisenbahnminister, noch nicht die Erlaubnis zur Freilage gegeben habe. In dies nicht gewährte Erlaubnis waren auch die drei anderen ausgetretenen Direktionsmitglieder gebunden. Der zur Anklage stehende Brief wurde nun Vorhänden verlesen und dem Angeklagten vorgehalten. Kothke wurde wegen Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Jahrelang tritt noch schärfer auf. Seit Jahren verlangt er die Entbindung und sagt, was sie befreit, ist er unzufrieden. (S. r. richtig!) Der Magistrat hat das getan, was er in der Theater- Sache tun konnte, und nun möchte ich Sie bitten, nicht den Stoff in den Sand zu stecken und so zu tun, als wenn Sie nichts wüßten. (Bravo!)

Stadtschulrat Gads: Herr Henschel wachte sich gegen neue höhere Schulen. Im Magistrat besteht aber gar nicht die Absicht, neue höhere Schulen zu errichten, sondern nur die Oberrealschule auszubauen. Inwieweit der Turnunterricht für Mädchen in den Fortbildungsschulen einzuführen ist, wird die Zukunft lehren. Wenn Herr Henschel sagt, es wird beim Schulwesen zu viel experimentiert, so möchte ich wissen, wo das geschehen ist. Die Frage der kleinen und großen Schulfächer kommt bei uns gar nicht in Frage. Auf jeden Fall sind der Herr Oberbürgermeister und ich bei der Volksschule da, die die 4. Klasse einrichtet. Wenn es heißt, in der katholischen Realschule können auch Kinder anderer Konfessionen aufgenommen werden, so ist das schon lange bei allen Anstalten mit drei Ausnahmen. Wir haben auch an einer evangelischen Realschule einige katholische Lehrer. Ich bin im Gegensatz zu Herrn Henschel grundsätzlicher Anhänger der paritätischen höheren Schulen und bedaure, daß wir in Breslau soweit noch nicht sind. (Bravo!)

Darauf wird die Weiterberatung des Stats vertagt.

Ortsstatut für die städtische Fortbildungsschule.

Der Magistrat schlägt vor, das Ortsstatut für die städtische Fortbildungsschule in einigen Sätzen zu ändern. Der Richtersatter, Erzbischof Pöcher (16.) bespricht die Änderungen im einzelnen und empfiehlt, die Sache den Ausschüssen I und II zur Vorbereitung zu überweisen. Stabto. Zimmer (Soj.): Wir beantragen, die Fuhrwerker'sche Röhre in den Schulweg mit einzubeziehen. Es liegt kein Grund vor, sie auszunehmen, im Gegenteil sollen die jungen Leute des Fuhrwerkes ebenfalls die Wohlthaten der Fortbildungsschule genießen. Die Sprache wird dem Wahl- und Verfassungskomitee und dem Schul-Ausschuß übergeben.

Staukäufe bei Kaufmännern.

Die Verhandlungen über die Verbesserung der Schiffahrtsverhältnisse bei Breslau haben dahin geführt, daß der Magistrat beantragt, die Kosten für das Lieferliegen eines Wäders in der Ober am Jöndelberge, 140.000 Mark, zu bewilligen, zum Kaufmännern Schiffebau und den Nebenanlagen 10 bis 12 Sektar städtisches Land herzugeben, wenn das Kaufmännere Wehr auch für den Winter betriebsfähig hergestellt wird. Die Ausschüsse II und IV, die sich zweimal mit der Vorlage befaßten, empfehlen, sie anzunehmen, und auch einem Untstage Tischlerwerk auszulassen, wegen Neubau der Hundsfelder- und Kastenhalter Präden mit der Oberstromaufverwaltung und ten anderen beteiligten Stellen erneut in Verbindung zu treten. Die Berichterstatter Stabto. Rüdgen, Hanke, Zielonko und Jeron empfehlen, die Ausschuanträge anzunehmen, was geschieht.

Wer rastet, der rostet!

Schwere Kämpfe stehen uns in diesem Jahre bevor. Die Wahlen zum Landtag haben wir in einigen Monaten und die Auflösung des Reichstages steht in Aussicht. Es gilt deshalb, unsere Reihen zu mustern, bestehende Lücken auszufüllen und neue Wähler, neue Kämpfer zu werben. Die tüchtigsten Wähler und bestgerüsteten Kämpfer sind die Leser unserer Parteipresse, die zu gewinnen wir niemals unterlassen dürfen.

Sonntag, den 16. Februar, wird vom Lokal Sellhornstraße 21 aus eine Agitation für die „Volkswacht“ veranstaltet, und wir erziehen alle Parteigenossen, besonders aber die Mitglieder der Distrikte 12 und 13 (Scheiniger Vorstadt), um rege Teilnahme. Wer eine Stunde seines Sonntags dieser überaus wichtigen Arbeit opfern will, der erscheine pünktlich um 8 Uhr im angegebenen Lokale.

Die schlesische Fleischsteuerung.

Die von dem Statistischen Landesamt soeben veröffentlichten Durchschnittspreise für die zweite Hälfte des Monats Januar sind nicht, wie von gewisser Seite immer wieder propheet wurde, gegen den Schluß des vorigen Jahres allgemein heruntergegangen, sie haben sich meistens auf der alten Höhe hartnäckig behauptet; ja es ist stellenweise eine weitere Verhärtung eingetreten.

Das ist z. B. in Görlitz der Fall gewesen. Hier liefen Kind- und Schweinefleisch um einen Pfennig nach, also ganz unwesentlich, Hammelfleisch behauptete denselben Preis, aber Kalbfleisch verteuerte sich. Ja Stegitz und Königshütte blieben die Dezemberpreise genau beibehalten; in Breslau ebenfalls beim Kind- und Schweinefleisch. Eine Verbilligung um 5 Pfg. zeigte das Kalbfleisch, das aber auch den unerhöhten Durchschnittspreis von 196 Pfg. erreichte hatte, den keine andere schlesische Stadt verzeichnen. Das Gleiche gilt für das Hammelfleisch, dessen Dezemberpreis von 196 Pfg. einfach unbezählbar war, so daß es notgedrungen um 10 Pfg. nachgeben mußte.

Auch der Gleiwitzer Hammelfleischpreis von 192 Pfennig war sehr hoch, konnte sich aber anscheinend wegen spärlicher Zufuhr halten. Dagegen gelang es hier für die übrigen drei Fleischsorten eine ganz ungewöhnlich starke Ermäßigung herbeizuführen. Es fielen die Preise für Kindfleisch seit Dezember von 163 auf 145 Pfg., für Kalbfleisch von 172 auf 152 Pfg., und auch für Schweinefleisch etwas von 162 auf 155 Pfg. Diese Gleiwitzer Preisbewegung ist so selten, daß alle anderen Städte darauf nur mit Mißbehagen blicken werden. Es gibt keine Stadt unter den preussischen Notierungsorten, die etwas Ähnliches aufweisen könnte, und es wäre wichtig, festzustellen, wie der Preisabschlag möglich geworden ist, zumal man nicht gerade behaupten kann, daß die drei Fleischsorten in Gleiwitz besonders hoch im Preise gestanden hätten.

In allgemeinen dürften die entstandenen Abänderungen auf die russische Einfuhr zurückzuführen sein, die demnach Ihren Zweck nicht ganz verfehlt hätte.

* Die Geschäftsstelle für die Jahrsandertfrier befindet sich vom Montag, den 17. Februar an nicht mehr Graupenstraße 14 (Ausgangsverkehr) sondern im Verwaltungsgebäude an Graupenstraße 22. Fernverkehrsämter für das Graupen J. J. Nr. 229, 236 und 237 für Stadtrat Dr. Triebel Nr. 222.

wir für die Ober konnte man rechnen, aber nicht mit den heutigen Preisen. Man muß mit entsprechenden Summen nicht auskommen kann, müssen eben die Verhältnisse am Theater verändert werden. Wünschenswert wäre es, daß die Gartenverwaltung uns ein genaues Bild von ihren Ausgaben geben würde, damit wir wissen, wo die Götter im einzelnen hinkommen und wie hoch sie sind, ob auch hier die nötige Sparmaßregel gelbt wird. Ich muß mich auch über die übermäßige Verwendung von Glanzstoffen in den Anlagen wenden, wodurch Kinder leicht beschädigt werden können. In Bezug auf die Realsteuer stelle ich auf dem Standpunkt des Herrn Kollegen Henschel. Herr Henschel gegenüber muß ich sagen, daß die Lage der Grundbesitzer nicht rosig ist. Die Umsatzsteuer drückt nicht bloß die Spekulation. Bei den heutigen Finanzverhältnissen bleibt manchem Hausbesitzer nur die Wahl, sein Haus zu verkaufen, und da die Umsatzsteuer hieran hindert, gehen in Substantion Unsummen verloren. Am nächsten Untersuchungsamt sind 70 Mark gesparrt worden. Ich muß mich aber gegen die Art handeln, wie der Leiter sein Amt ausfüht. Er magt sich postgeiliche und staatsanwaltliche Befugnisse zu und wegen ganz geringfügiger Vergehen sind Klempnermeister auf seine Anzeigelin verurteilt worden, weil sie Hofmaße nicht mit der vorgeschriebenen Weisheit gefüht hatten. Kein Mensch hätte Körperliche Schäden genommen, wenn Milch mit den Gefäßen gemessen worden wäre. Bei den Hochschulen der Beamten ist zu wünschen, daß nicht die höheren Beamten dazu herangezogen werden, sondern, daß den Doktoren mit geringerem Einkommen dieser Verdienst gelassen wird. Die Mädchenschule ist zu begrüssen, aber sie genügt nicht. Für tuberkulöse Kinder sollte eine große Lungenheilanstalt geschaffen werden. Die großen Ausgaben für die Ausstattung haben bewirkt, daß die Vergrößerung des Zoologischen Gartens weiter hinausgeschoben werden muß. Auch der Plan, den Garten durch eine geeignete Rahmverbundung zu einem Ausflugsort für Breslau zu gestalten, ist nicht gefährdet worden. Statt dessen hören wir von einem Plane des Stadtbaurats Berg, den Jobten für Stedlungswände zu benutzen. Wenn der Stadtmagister sagt, das Ziel des Magistrats wäre, die Jugend fröhlich und widerstandsfähig und Breslau so angenehm wie möglich zu gestalten, so hat er sich durch sein Vorhaben dieses Ziel auf lange Zeit verschlossen.

Stadtmagister Matthies: Sie werden nicht erwarten, daß ich auf all das eingeehe, was jetzt hier vorgebracht wurde. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich will mich auf den Etat beschränken. Dabei muß ich es zurückweisen, daß ich mich bei meiner Schilderung der Finanzlage in Widerspruch gesetzt hätte zu den Ansichten, die Oberbürgermeister Bender vertreten hat. Oberbürgermeister Bender hat vielmehr stets auf dem Standpunkt gestanden, den ich einnehme, daß Ausgaben für Ersparnisse und sonstige, immer wiederkehrende Ausgaben nicht aus Anleihen, sondern aus laufenden Mitteln zu bestritten sind. Den Standpunkt hat Oberbürgermeister Bender auch gegenüber den Ausschüssen eingenommen. Das Bewilligungsrecht der Versammlung ist stets gewahrt worden und alles das, worüber einzelne Herren Klage führen, ist von der Versammlung bewilligt worden. Unser Etat ist überschüssig geworden und manches unangehörige Gutvermögen wurde beiseite. Herr Henschel muß ich sagen, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung nicht beschleunigt, sondern fortgesetzt gefördert werden ist, als es der Gesundheitszustand des Deputierten gestattet. Daß wir nicht vorzeitig mit der Anstellung von Beamten, sondern uns nur vom wirtlichen Bedürfnis leiten lassen, beweist der Umstand, daß der Dittatitel 337.000 Mark umfaßt. Eine feste Anstellung erfolgt immer erst, wenn wir überzeugt sind, daß eine Stelle dauernd besetzt bleiben muß. Die bessergestellten Beamten wollen gar keine Liebertunden machen. Wir müssen froh sein, wenn wir sie dazu bewegen können, denn die Arbeiten, die in Liebertunden erledigt werden, müssen von Neherstandigen überwacht und geleitet werden, damit sie einseitig erfolgen. Ich habe noch immer das Gefühl, daß an manchen Stellen zuviel gefüht wird und möchte auch Sie bitten, zu gestatten, daß der schriftliche Bericht zwischen dem Magistrat und der Versammlung vereinfacht wird. Die Straßenbahn zu Beamten zu machen, hätte gar keinen Zweck. Die Gehaltsverhältnisse sind auch so geregelt und für die Witwen und Kinder wird gesorgt. Wir können sie aber nicht zu Beamten machen ohne daß auch noch eine Anzahl anderer Gruppen in das gleiche Verhältnis eintrügen würden. Die Frage des zoologischen Gartens wird weiter verfolgt. Das Zootierprojekt ruht beim Regierungspräsidenten. Wenn der Betriebsbereich billiger wird, so kommt das daher, daß an uns in jeder Weise höhere Anforderungen gestellt werden. Das gilt auch bei Krankenhäusern. Wir müssen gut und geübt haben, einen guten Untergrund lesen und in jeder Weise höhere Anforderungen machen als bei Privatbauten. Einer privaten Straßenbahn läßt sich auch nicht diese oder jene Verbindung vorzeichnen. Herr Wujakowski mündert sich, daß er aus der Gartenverwaltung nicht ersährt. Er hätte doch nur in den Etat hineinzufügen brauchen, da steht ganz genau drin, wo das Geld hinkommt. Die Angriffe auf den Leiter des Gemeinlichen Untersuchungsamts muß ich als unbegründet zurückweisen. Wir sind gern bereit, möglichst sofort auf wirksamen, aber nur soweit, als sich das mit der Entwicklung der Stadt verträgt.

Bürgermeister Trentin: Es wäre gewiß nicht zweckmäßig, wenn die einzelnen Deputierten auf jede Bemängelung antworten würden. Deshalb will ich mich nur auf einige Punkte beschränken. Vor allen Dingen möchte ich doch Herrn Wujakowski bitten, daß er sich belehnen läßt. Es ist kein Belahnen, ohne die Stadtvorstandensversammlung zuhause gelassen, also hat nicht nur der Magistrat, sondern auch die Stadtverordneten ein Recht auf die Verantwortung. Bisher ist bei allen Vorwürfen der Rahmen meist überschritten worden. Ich weise den Vorwurf, ein Fehlschlag mit dem Herrn Stadto. Heilberg zu haben, ganz entschieden zurück. Für solche Dinge bin ich nicht zu haben. Das von den Stadtvorständen und dem Magistrat eingeleitete Preisgericht für das Ausschlagungsplakat ist von achtzig Fachleuten gebildet worden. Es hat sich für eine öffentliche Ausschreibung entschieden. 700 Entwürfe sind eingelangt; drei Entwürfe waren nötig, um die 10 besten auszuwählen. Gegen das Gemälde waren wir alle, aber es war leider noch das Beste. Nun ist ein weiteres Ausschreiben veranstaltet worden, das ein besseres Resultat hätte. Das alte Plakat wird als Zerrspiegel sehr gut. Allerdings können die Künstler darüber perschieben sein. Es hat aber vielen Künstlerinnen vorgelegen und ist als das Beste gefunden worden. Ähnliches sind durchaus keine 18.000 Mark dafür fortgeschickt werden. Herr Henning ist verloren gegangen, weil das Papier zum Druck der neuen Plakate vorhanden war. Nun sollte doch keine so kurze Arbeit an der Ausschlagung über. Sie haben auch schon mehr als das Plakat.

Der Magistrat wird sehr empfohlen, Sparmaße zu setzen. Aber das große Projekt, dessen Ausführung Herr Dr. Henschel wünscht, ist für mich sehr viel mehr. Der Kommissar, der es doch bekannt, daß die Statistiker für die Wohnung des Richters bei der Polizeischule schon in Angriff genommen war. Der Richter hätte ein Stadtvorstandsmitglied sein sollen.

Oberbürgermeister Matthies: Ich will auf Eingeleiteten nicht eingehen, bin vielmehr nur hinter gekommen, um mich über den Zustand zu unterrichten. Man sagt, es soll geändert werden. Wie das aber bei den vielen Änderungen für eine Änderung zu machen ist, das weiß ich nicht. In den gegenwärtigen Verhältnissen werden Sie nichts hören können; es könnte sich aber nur um eine Änderung handeln. Auch in der letzten Sitzung wurde eine Veränderung der Einnahmen erhoben. Wenn Sie in der letzten Sitzung mehr für einen Antrag gelangt, dann habe es sehr befreit. Herr Henschel würde nur sehr vorsichtig, daß ich nicht häufig genug für die Veränderung vorgebracht habe. Das hat in den letzten Sitzungen schon mehr als das Plakat.

kleine Breslauer Nachrichten.

Breslau als Konarkstadt 1913. Die Provinzial-Verammlung der Lehrerbildner-Schlefiens und die Hauptversammlung der Friedrichsbeamten in Schlefiens...

Die Münzen und Ehrenzeichen der Napoleonischen Zeit. Es wird uns geschrieben: Daß dem überaus weitgehenden Engagement...

Gasvergiftung. Am Donnerstag vormittag gegen 7 1/2 Uhr wurde der 17 Jahre alte Barbierlehrling Vosse bei seinem Lehrherrn...

Ueberfahren. Am Mittwoch abend wurde auf der Matthiasstraße, Ecke Michaelsstraße, eine Michaelsstraße Nr. 7 wohnende 84 jährige Frau...

Im Arbeiterhospital gestorben ist die Michaelsstraße 7 wohnhafte gewesene 84 jährige Frau Johanna Frosch...

Selbstmordversuch? Am Freitag vormittag wurde im Hause Heroldstraße 50 ein Dienstmädchen in der Küche leblos aufgefunden...

Drei Mörder und Taubendiebe gefaßt. Am 13. Februar wurden in einem Hausflur auf der Viktorialstraße drei junge Burschen angetroffen...

Stubenbrand. Donnerstag mittag, kurz nach 12 Uhr wurde die Feuerweh nach Dichtungstraße 8 gerufen. Hier war in einer Wohnung durch einen Petroleumleuchter ein Stubenbrand...

Bestoren wurden ein Bombardier mit Inhalt, ein Zentner Suppenbohnen, ein Beklagen, ein Granatmedaillon mit Photographie...

Bereine und Versammlungen.

Einen Volkunterhaltungsabend bei freiem Eintritt und kostenlosem Programm veranstaltet der Jugendkulturbund...

Aus Breslau (Süd)-Neumarkt.

Gräßlich. Der Frauenabend wurde vom Genossen Schneider um 8 1/2 Uhr eröffnet. Genosse Peilert sprach über: Der Reichs- und Landtag...

Schwoitzsch. Grober Unfug. Unverständige Leute waren in der Dienstag-Nacht dem Gartenraum am Hause des Dr. Frienthal ein...

Canth. Jagd auf Einbrecher. In der Nacht zu Mittwoch in das Kontor einer Schuhwarenfirma in Canth eingebrochen worden. Die Diebe haben den Geldschrank erbrochen...

Die Vernehmung des gefaßten Einbrechers, der keinerlei Vorteile bei sich hatte, ergab, daß er aus Kratau stammt 45 Jahre alt ist und Robert Hiesler heißen will...

Einsetzen, Kosen und Nachbargeliebte.

Beifahrer. 14. Febr. Wichtigstellung. In unserem Bericht in Nr. 33 ist von einer Versammlung der Parteigenossen die Rede...

ling Hartmann, der in einem vorliegenden Geschäft lernte, er hängt aufgefunden. Der Gehilfen scheint das Opfer einer Epileptiker geworden zu sein...

Waldburg, 14. Februar. Tödlich verunglückt ist Donnerstag auf dem Herrmannsflucht der Bauer Stehr von der 4. Abteilung...

Bunzlau, 14. Februar. Ein Familien- und Eifersuchtsdrama. Ein trübes Familienbild beleuchtete vor kurzem eine Verhandlung vor dem Schwurgericht...

Börsenberg, 14. Februar. Christliche Landwirtschaft. In unserem Kreise besteht eine Landwirtschaftliche Genossenschaft, die in das Gründungsstatut den Vapiss aufgenommen hat...

Neueste Nachrichten.

Sturm auf Adrianopol.

Konstantinopel, 14. Februar. Am Mittwoch morgen um 7 Uhr unternahmen die Bulgaren einen Heberfall gegen die Ostfront von Adrianopol in der Gegend des Vorortes Waltepe...

Die Landungsversuche Enver Beis mißlungen.

Konstantinopel, 13. Februar. Authentischen Nachrichten zufolge sind die Landungsversuche Enver Beis mißlungen. Ungefähr 20000 Mann versuchten...

Serbien für Bulgarien.

Belgrad, 14. Februar. Der hier eingetroffene serbische Gesandte in Sofia und der bulgarische Gesandte hatten während des gestrigen Tages eine längere Unterredung mit dem serbischen Ministerpräsidenten Pačić...

Türkische Renommée.

New York, 14. Februar. Der 'New York Herald' meldet von der Schatthaldealmie: Die türkischen Soldaten sind in bester Stimmung und haben wiederholt den Wunsch geäußert...

Die Scottsche Südpolarexpedition.

Dem Berliner Tageblatt wird aus London telegraphisch die Expedition über das tragische Geschehen der britischen Südpolarexpedition, die wenn man es sich hier auch nicht eingesehen mag...

London, 14. Februar. Die überlebenden Mitglieder der Expedition sind der Ansicht, daß die Tatsache, daß am Pol die Spuren des norwegischen Südpolentdeckers Amundsen vorgefunden worden sind...

Berhungert?

Christchurch (Neu-Seeland), 14. Februar. Bei den Leichen des Südpolarforschers Kapitän Scott und seiner Begleiter wurde noch eine kleine Quantität Nahrung gefunden...

Die Straßenkämpfe in Mexiko.

New York, 14. Februar. In der Stadt Mexiko dauerten gestern den ganzen Tag über die heftigsten Straßenkämpfe an. Diese äußerten sich hauptsächlich in einem fürchterlichen Bombardement der gegenseitigen Artillerie...

Paris, 13. Februar. Amtlich wird bekanntgegeben, daß der Oberst der Territorialarmee, Du Paty de Clam, auf ein Jahr von seinen Funktionen entbunden worden ist.

London, 13. Februar. Das Oberhaus lehnte nach dreitägiger Debatte die Bill über die Trennung von Kirche und Staat in Wales mit 258 gegen 51 Stimmen ab.

Table with 4 columns: Getreidearten, Maßeinheiten, Preise, etc. for wheat, rye, and other grains.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with 5 columns: Station, Höhe, Datum, etc. for water levels at various stations.

Versammlungen und Vereine.

Freitag, den 14. Februar: Arbeiter-Samariter, abends 8 Uhr im Saal des Saal der S. u. A. G. ... Freie Turnerschaft, abends 8 1/2 Uhr im Deutschen Turnplatz...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Den Lesern bei Etablierten empfohlen.

Woll- und Wollwaren.

Alkoholfreie Getränke.

Bliz-Sinalco = Grand-Bräuerei = Brauerei N. G.

Bläckerien und Konditoreien.

Badeanstalten.

Bendagisten.

Bettfedern und Schnittwaren.

Bier-Verleger.

Brauerei Sacrau.

Genossenschafts-Brauerei.

Jubiläum-Biere.

Bier-Apparate, Kältemaschinen.

Café.

Damen-Konfektion.

Damen-Schneiderei.

Drogen und Farben.

Eisen- u. Stahlwaren.

Fabrikat, Nähmaschinen.

Färberei u. Wäscherei.

Fisch- u. Meereswaren.

Fleischerei u. Wurstfabriken.

Fleisch- u. Fischwaren.

Galanterie- und Spielwaren.

Gebr. J. Benjamin.

Grabenmüller.

Haus- u. Küchengeräte.

Herrn-Scherer.

Herrn-Scherer.

Herrn-Scherer.

Herrn-Scherer.

Herrn-Scherer.

Fleischerei u. Wurstfabriken.

Hochzeits- u. Beerdigungsfahrten.

Hüte und Mützen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen.

Hochzeits- u. Beerdigungsfahrten.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Hüte und Mützen.

Möbel-Magazine.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Nähmaschinen.

Sargmagazine.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Selbstgeschäfte.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Abend, Herm.

Deutscher Reichstag.

111. Sitzung. Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Bisco. Präsident Dr. Kampp teilt unter allgemeiner Unaufmerksamkeit das Anschreiben des Kaiserpaars für den Glückwunsch der Verlobung seiner Tochter mit. (Für einige liberale Abgeordnete erregen sich, um die Verlesung des Schreibens in Ehrfurcht stehend anzuhören.)

Etat des Reichsjustizamts.

Abg. Haas (Vpt.): Sicherlich gibt es Urteile, die als Klassenurteile zu bezeichnen sind, aber sie sind doch nur Ausnahmen. Niemand kann es billigen, wenn bei Streitprozessen jemand für ein Schimpfwort, das sonst mit 5 Mark Geldstrafe geahndet wird, wochenlang ins Gefängnis geschickt wird. (Vbg. Seine (Soz.): Solche Urteile erleben wir alle Tage!) Auch wir beklagen solche Urteile. Daß der Richter nicht aus seiner Haut heraus kann, ist nur ein schlechter Trost. Speziell in Norddeutschland haben die Richter, wie es scheint, kein Verständnis für die Ehre des Streits. Wenn ein Arbeiter sich gegen den für ihn beim Streit in den Rücken fällt, zu einem Schimpfwort fortsetzen läßt, so handelt er doch nicht ehelos. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Im Falle Gulenburg hätte es die einfache Staatsanwaltschaft, daß schnell und scharf jugesagt wird. — Nicht nur die Arbeiter, sondern auch Handel und Wandel haben über die

Weltfremdheit der Richter zu klagen.

Unsere Rechtsprechung ist viel zu formalistisch. In einem 12 Seiten langen Urteil entscheidet das Reichsgericht die Frage, ob der bei einem Preissturz ausgehende Preis einflußbar ist oder nicht. Wie zwar bekannt es mit der Untersuchung des Magdeburger Stadtrechts zu Anfang des 18. Jahrhunderts (Peitertext) und behauptet, daß es unmöglich sei, festzustellen, wie es vorher gehalten wurde. (Ernste Peitertext.) Wirklich gute Richter haben sich nie an den Begriff Jurisprudenz gehalten. Ein rechtshilfalter kühner Richter sagte stets zu seinen Rechtspraktikanten: „Wenn Ihr Recht verstehen sollt, so macht die Augen zu, und fragt Euch, wer hat Recht, und nachher sucht die juristischen Gründe, um die Entscheidung zu rechtfertigen.“ (Peitertext.) Bei der Ausbildung unserer jungen Juristen sollten ihnen auch nationalökonomische Kenntnisse und Kenntnis des gewöhnlichen Lebens vermittelt werden; wir brauchen eine moderne Rechtsprechung im modernen Deutschland. (Uva! bei der Vpt.)

Abg. Dr. Junck (natl.) befragt die nationalliberale Resolution, dem Reich, Staat und Gemeinden bei Zwangsversteigerung ein Vorkaufrecht zu gewähren. — Politische Urteile gegen politische Gegner verwertet auch wir, doch stehen den kritizierten Urteilen Tausende von einwandfreien Urteilen gegenüber. — Das Vorgehen des preussischen Ministers des Innern gegenüber der Entziehung von Versteigerern ins Versteigerungsrecht hat der Staatssekretär ja als formell einwandfrei verteidigt; aber der Minister des Innern hätte besser getan, das zu unterlassen, und sich lediglich um die Angelegenheiten seines Ressorts zu kümmern. — Eine Lex Parsifal hat im Reichsgericht glücklicherweise keine Aussicht auf Annahme. — Die Stelle des höchsten Reichsanwalts ist dringend notwendig. Lediglich aus Demonstration lehnen die Sozialdemokraten sie ab. Auch das Zentrum sollte sich den sachlichen Gründen für die Notwendigkeit dieser Stelle nicht verschließen. (Beifall bei den Natl.)

Staatssekretär Dr. Bisco bittet ebenfalls, den höchsten Reichsanwalt zu bewilligen; es entspricht das den dringenden Bedürfnissen des Reichsgerichts.

Abg. Dr. Krennd (Vpt.) bittet das Zentrum, von seiner Verzögerungspolitik abzusehen und den höchsten Reichsanwalt zu bewilligen.

Abg. Wiktenmayer (Zentr.) polemisiert gegen den Abg. Saegy, der das französische Recht gegenüber dem deutschen zu Unrecht hervorgehoben habe.

Die Abstimmung über die nationalliberale Resolution auf ein Vorkaufrecht von Reich, Staat und Gemeinden bei Zwangsversteigerungen bleibt zunächst zweifelhaft; der Hammersprung ergibt die Ablehnung mit 134 gegen 125 Stimmen.

Die Resolution Belzer auf einen Gesetzesentwurf über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wird angenommen, desgleichen die nationalliberale Resolution, die verlangt, daß Verfügungen von Behörden, deren Aufhebung an eine Frist gebunden ist, am Schluß der Eröffnung erhalten müssen, wo, wie und in welcher Frist die Aufhebung anzubringen ist. Die Abstimmung über den geforderten höchsten Reichsanwalt bleibt zweifelhaft; der Hammersprung ergibt die Ablehnung mit 143 gegen 116 Stimmen. Es folgt die Beratung des

Post- und Telegraphenetat.

Abg. Wert (Soz.):

Die Einnahmen des Postetats haben sich weit stärker vermehrt als die Ausgaben. Früher war das anders, dann aber lehrte die Tatsache bekannte Sparpolitik ein. Auch jetzt soll der Reichsschatz von der Post immer noch als 100 Millionen Markt erhalten. Aber zu Lobeshymnen auf die Postverwaltung liegt kein Anlaß vor, denn der Uberschuß wird zum großen Teil unter Widerspruch des Reichstages und im Gegenlatz zu einer vernünftigen Sozialpolitik auf Kosten der unteren Schichten des Personals herausgewirtschaftet. Wer in der Post eine Erwerbsanstalt erblickt, dem werden Uberschüsse natürlich wichtiger erscheinen, als die Durchführung einer großzügigen Verkehrsreform. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Wert verlangt, wir sollten dem Poststaatssekretär das Rückgrat stärken gegenüber dem Schatzkammer. Wir sehen aber, daß Herr Kräfte und Herr Kühn ein Herz und eine Seele sind. Wird bei uns aber einmal eine Neuerung eingeführt, so ist sie sicher mit einer Verschlechterung verknüpft. Dann habe ich Beschwerde darüber zu führen, daß die Gewerkschaften und Krankenkassen von der Postverwaltung anders behandelt werden, als private Versicherungsgesellschaften; diese dürfen ihre Dienstpapiere als Geschäftspapiere verwenden, den letzteren aber nicht es verweigert. Wegen dieses Messen mit zweierlei Maß müssen wir scharfen Protest erheben und ich verlange vom Staatssekretär Abhilfe. Den heftigsten Widerspruch fordert die

Personalpolitik

der Postverwaltung heraus. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Reichstag ist in sozialpolitischen Dingen doch gewiß sehr zurückhaltend, und doch steht die Postverwaltung auf diesem Gebiet mit dem Reichstag beständig auf Kriegsfuß. Kein Privatunternehmer kann so beständig auf den berechtigten Wünschen eines Personals vorübergehen, wie die Postverwaltung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im Vorjahr sind hier eine ganze Reihe von Resolutionen beschossen worden, in denen eine Feststellung des Postpersonals nach verschiedenen Richtungen hin verlangt wurde, und zwar wurden fast alle einmütig angenommen, wohl der beste Beweis für die Wichtigkeit der Forderungen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Trotzdem hat der Bundesrat uns mitgeteilt, daß die Beschlüsse fast alle unberücksichtigt in seinem großen Papierkorb verschwunden sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das zeigt die Verschwendung von Reichstagsbeschlüssen beim Bundesrat. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Auch der diesjährige Etat ändert nichts an den jammervollen Beförderungs-Verhältnissen. Dringend notwendig ist die Regelung der Beförderungsverhältnisse der gehobenen Stellen. Die Unterbeamten kommen in diese Stellen jetzt erst nach 20 jähriger Dienstzeit, verbessern sich also bei dem Mindestgehalt von 1400 Mark wirklich gar nicht, und kommen in den Genuss des Höchstehaltens fast nie. Die Frist für die Zulassung zur Prüfung zu den gehobeneren Stellen muß wesentlich verkürzt und vor allem vereinfacht werden. In Kiel beträgt sie 22 Jahre. (Hört, hört! bei den Soz.) In Hamburg dagegen 15 Jahre. Den Beschluß des Reichstages, daß die feste Anstellung nach 10 jähriger Dienstzeit erfolgen soll, hat der Bundesrat abgelehnt; es wird also auch weiterhin dabei bleiben, daß die Unterbeamten erst nach 12, 13 und 14 Jahren fest angestellt werden. Der Beamtentum ist das angenehmere, weil sie dadurch billiger wirtschaften. Eines der traurigsten Kapitel der Personalpolitik ist das der Postboten. Sie erhalten ein Tagegeld von 3 Mark und 3 Mark, also durchschnittlich ein Reichsgebiet von 250 Mark. (Zuruf bei den Soz.: Unerhört!) Unter beruhten ebenen Löhnen. (Zuruf bei den Soz.: Hungerlöhne!) Ja, wahrlich, es sind Hungerlöhne, mit denen 31.000 Postboten ihr Leben fristen müssen; bleiben diese Löhne doch an verschiedenen Orten hinter dem durchschnittlichen Tagelohn zurück. (Hört, hört!) Jede unabhängige Stadtverwaltung

bezahlt ihre Straßensherren besser.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Daß mit solchem Lohn auch die notwendige Lebensbedürfnisse nicht befriedigt werden können, ist ja ganz selbstverständlich, besonders, wenn der Postbote verheiratet ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vielleicht besteht die erhebliche Anzahl von Postboten, die durch die Kostenerhöhung zum Aufbruch gezwungen werden, in der Tat fest der Post beizutreten, auch für die höheren und höchsten Dienststellen, wo der Anbruch bekanntlich sehr groß ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Daß in agrarischen Bezirken eine große Anzahl von Landarbeitern der jämmerlichen Bezahlung und miserablen Behandlung durch die Junker die Post immer noch als kleineres Übel vorzuziehen, ist begreiflich. (Sehr gut! bei den Soz.) Gewiß werden sich auch in den Städten viele Arbeiterlose melden, denn in der Tat fehlt der Tagelohn, auch Reservisten, die von den Dienstverhältnissen bei der Post keine genaue Kenntnis haben. Tollkühn ist aber auch, daß zum Beispiel im westlichen Industriegebiet sich seit Jahren ein erheblicher Mangel an Arbeiter geltend macht, so daß man nur mit großer Mühe den Erholungsurlaub usw. hat durchhalten können. Die Arbeitsnachweise haben sogar verlangt und in einem Falle hat man eine kleine Mittels heranziehen müssen, um die Reservepostenstellen bewältigen zu können. Wie leicht übertrugens Postentgelt infolge schlechter Bezahlung in Versuchung kommen, Strahlen zu begeben, zeigt ein Fall in Schießen, wo ein Postbote wegen Unterschlagung zu 4 Monaten verurteilt wurde, der mit einem Gehalt von 1,80 Mark pro Tag angestellt war. (Hört, hört! bei den Soz.) Mit Recht kann man hier sagen: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein.“ (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir haben daher eine

Erhöhung der Tagelöhner der Postboten um 10 Proz.

beantragt. Die Kommission hat dem zugestimmt, hoffentlich tritt der Reichstag diesem Beschluß bei. Hier muß in allererster Linie durch Erhöhung der betreffenden Etatitel eingegriffen werden, um die jetzt tendente Kostlage unter diesen Postangestellten zu beseitigen. — Die Postunterbeamten haben jetzt 1100—1700 Mark. Nach der vorliegenden Resolution sollen sie 1200—1800 Mark erhalten. Das hat der Reichstag schon 1909 gefordert. Auch die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren Beamten schlägt allen vernünftigen sozialen Grundfäden ins Gesicht. Für fünfjährige Familien hat man zweieinhalb Zimmer zur Grundlage genommen, bei den mittleren Beamten mit durchschnittlich zwei Kindern vierinhalb Zimmer und für die unteren Beamten Postgehilfen drei Zimmer. Das ist unsozialer als bekanntlich die Mietausgabe bei kleinem Einkommen verhältnismäßig am höchsten ist. Die Kommission schlägt Kinderzulagen vor, wir werden diese Resolution beitreten. Am besten sollte man sie verbinden mit dem Wohnungsgeldzuschuß. Auch durch die Ortsklasseneinteilung sind besonders die Unterbeamten in den Orten schwer betroffen, wo es sich um besonders teure Lebensverhältnisse handelt, wie zum Beispiel im Oberelbsaarmen.

Und wie sträflich der Versuch ist, diesen Arbeitern das Realisationsrecht und damit die Möglichkeit zu rauben, sich aus diesen Verhältnissen herauszuheulen. Eine Regierung, die ihren Beamten jede Möglichkeit der Selbsthilfe nimmt, und die eine Wirtschaftspolitik betreibt, durch die die Preise der Lebensmittel immer mehr gesteigert werden, kann sich nicht darauf berufen, daß es noch Arbeiter gibt, die schlechter bezahlt werden als Unterbeamte. Der Landwirtschaftsminister hat wohl kürzlich mit kaltem Blut gesagt, das Publikum müsse sich daran gewöhnen, für Lebensmittel mehr auszugeben, als bisher. Dann muß sich aber auch die Regierung daran gewöhnen, ihre Arbeiter und Beamten so zu bezahlen, daß sie bei diesen Missernten sich mit ihrer Familie einigermaßen menschenwürdig durchs Leben schlagen können. (Sehr gut! bei den Soz.) Wie die Unterbeamten zu diesen Dingen stehen, beweist der Beschluß des Verbandstages der unteren Post- und Telegraphenbeamten vom September vorigen Jahres, worin es heißt: „Der Verbandstag beklagt auf das Tiefste, daß zur Befriedigung der wirtschaftlichen Forderungen dieser Beamten

bisher noch nichts geschehen ist. Er richtet erneut die dringende Bitte an die gesegneten Körperschaften des Reiches, durch sofortige Bereitstellung ausreichender Mittel zur Gewährung einer allgemeinen Notstandszulage die Gefahr einer Unterernährung und der immer weiter um sich greifenden Verfallung abzuwehren.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Der Reichstag sollte daher die zur Durchführung der erforderlichen Zulager

Kunst und Wissenschaft.

Mit Jola, dem Dichter der Arbeit, hat der Bildhauer der Arbeit, der beliebte Maler und Bildhauer Constantin Meunier (Sprich: möh-ien) gemeinsam, daß auch er mit genialer Gestaltungskraft für unser Zeitalter der Technik neue künstlerische Ausdrucksformen schuf. Meunier wies der künstlerischen Sehnsucht unserer Generation neue Bahnen; er entdeckte eine neue Schönheit in dem wuchtigen Rhythmus schwerarbeitender Gestalten aus dem Volke. Dadurch bekommen seine Schöpfungen eine monumentale Wirkung, die man bei unseren offiziellen Denkmalsiegeln vergeblich sucht. Obgleich Meuniers Stoffe dem Leben der Arbeiter entnommen, sind seine Werke dennoch im Volke wenig bekannt. Darum hat sich der hiesige Bildungs-Ausschuß entschlossen, den bekannten Kunstschaffsteller Karl Meißner-Dresden zu einem Vortrag über „Constantin Meunier“ zu verpflichten. Der durch zahlreiche Vorträge ergänzte Vortrag wird am Montag, den 17. Februar, im Saale des „Kronprinz“ gehalten. Der Eintritt beträgt nur 20 Pf.; Karten sind in der Expedition und bei den Distriktsführern zu haben.

Aus aller Welt.

Eine Skandalaffäre in Italien.

Die römische Polizei verhaftete in der Nacht zum Mittwoch die Ingenieure Ricciardi und Borelli, die Erbauer des Justizpalastes. Die Verhaftung ist die Folge von Ermittlungen einer Untersuchungskommission über den genannten Bau, durch welche Beziehungen zwischen den Verhafteten und dem früheren Substituten des Generalstaatsanwalts, jetzigen Abteilungschef in der Verwaltung der Staatseisenbahnen Silvestre aufgedeckt wurden. Auch die Verhaftung Silvestres ist angeordnet, doch ist er bisher nicht zu finden gewesen. Die Mütter melden, daß auch gegen den dritten der vereinigten Bauunternehmer, Ingenieur Mannajolo zu Neapel, ein Haftbefehl erlassen sei.

Vom Auto des Prinzen von Cumberland überfahren. Am Mittwochabend überfuhr in Karlsruhe der Prinz Ernst August von Cumberland mit seinem Automobil den 18 jährigen Lehrling Garmig. Er erlitt einen Schädelbruch, Beinbrüche, Querschnitte und innere Verletzungen, und ist daran in der Nacht zum Donnerstag gestorben. Das Automobil des Prinzen hielt sofort und Prinz Ernst August eilte zu dem Verunglückten, für dessen Trans-

port in ein nahe Haus er sorgte. Von dort aus erfolgte die Ueberbringung des Schwerverletzten in das Krankenhaus. Der Prinz sagte, daß die Scheinwerfer seines Wagens verloscht waren, die Fahrt nach dem Bahnhof im Automobil des Prinzen Nag von Baden fort.

Die Meldung läßt nicht klar erkennen, ob nicht die vertrockneten Laternen Säulen an dem Unglück trugen. Oder deckte man erst den Brunn zu, nachdem das Unglück geschehen war.

Zer verhaftete Abbiter Regierungsdirektor. Durch einen Polizeiwachmeister und einen Polizeigenanten ist am Donnerstag früh der Mitte voriger Woche in Post genommene Regierungsdirektor Wilhelm Lewicki aus Köln nach Kiel transportiert worden. Ueber die Affäre selbst ist noch folgendes bekannt geworden: Lewicki erhielt von dem in Frage kommenden Fabrikanten zunächst nur 20000 Mark. Nach kurzer Zeit forderte er aber weitere 100000 Mark, die er auch wieder erhielt, da er mit einer schweren geschäftlichen Schädigung drohte. Schließlich ließ sich der Affessor noch einmal 20000 Mark geben, so daß er insgesamt 140000 Mark erpreßt hat. Von dem Gelde soll Lewicki nahezu 90000 Mark Schulden bezahlt haben. Rund 50000 Mark wurden noch bei ihm vorgefunden.

Falsches Geld in Zementfässern. In Gablona (Böhmen) ist die Polizei einer großen Falschmünzerverbände auf die Spur gekommen. Sechs Personen, meist heftige Gräuere, wurden verhaftet. Die Affäre scheint weitere Kreise zu ziehen. Die Falschmünzer fertigten ausschließlich brasilianisches Geld an und sandten es bereits seit zehn Jahren in Fässern, deren Inhalt als Zement deklarierter wurde, ins Ausland. Die Verwertungsorte waren Curitiba in Brasilien und Valparaiso. Das ungenutzte falsche Geld beträgt über eine Viertel million Kronen. Der Hauptstütze ist der angeblich im Nachbarort Bad-Schlag wohnende Privatter Leubner, von dem man erzählt, daß er früher Großkaufmann in Curitiba gewesen sei und von dort wegen unläuterer Wagenschaften flüchten mußte. Die Fässer enthielten Zement. Die Falschmünze waren in die Mitte der Fässer verpackt, so daß das falsche Geld niemals entdeckt wurde.

Die Aufklärung eines schweren Verbrechens ist jetzt der Kriminalpolizei in Vohum gelungen. Am zweiten Weihnachtstag wurden in Vohum-Gmüher fünf Vergleute, die sich auf dem Heimwege befanden, in einer entlegenen Straße von mehreren Männern ohne jede Ursache niedergeschossen. Zwei Vergleute blieben tot auf dem Platze, während zwei andere mit schweren Verletzungen aufgefaßt und in ein Krankenhaus gebracht wurden. Sie erlitten lange Zeit in Lebensgefahr und werden ihre Wunden nicht wiedererlangen; bei eine von ihnen ist noch im Krankenhaus. Der fünfte Vergleute wurde nur leicht verletzt. Es ist der Verfall schuldige

die Täter zu ermitteln. Es sind die polnischen Bergleute Johann und Stanislaus Skomrobski, zwei Brüder aus Westpreußen und der italienische Bergmann Giovanni Tortecorni aus Bolzano. Während die ersten die Tat bereits eingestanden haben, leugnet der Italiener, an dem Ueberfall beteiligt gewesen zu sein.

Ein verschütteter Personenzug. Durch einen Erdbeben bei Sava (Graz) wurde in der Donnerstag-Nacht ein Personenzug halb verschüttet. Die Maschine und ein Wagen wurden gegen einen Güterzug geschleudert. 12 Wagen rollten die Böschung hinab. Der Lokomotivführer wurde tödlich; eine ganze Anzahl Reisender leicht verletzt.

Drei Personen in einer Grube umgekommen. Beim Reinigen einer Dünnergrube in Langenreinsdorf bei Reimischau (Sachsen) haben der Gutsherr Friedrich, sein Sohn und sein Pferd den Tod erlitten. Der Knecht war beauftragt, eine Sauggrube auszusaugen. Als sich die Leitung verstopfte, wollte der Knecht den Schaden beheben. Von dem grünen Galen betäubt, stürzte er in die Grube. Ihm eilte der Gutsherr zu Hilfe, aber auch er taumelte hinein, ebenso dessen erwachsener Sohn. Als man die drei fand, war der Tod bereits eingetreten.

Neue Notizen. Ein neuer Höhenrekord. Der Flieger Chevillard hat gestern auf dem Flugfelde von Gagny (Frankreich) einen neuen Höhenrekord aufgestellt, indem er mit drei Fluggeräten sich bis zu einer Höhe von 1350 Metern erhob. Er benutzte dazu einen 80-P.-S.-Doppelmotor. — Zur Erinnerung an den 30 jährigen Todestag Richard Wagners bringt das Programm des nächsten vollständigen Freitag-Konzerts des hiesigen Orchesters Wetens am 14. d. M. nur Kompositionen von Richard Wagner. Zur Aufführung gelangt unter Leitung des Herrn Kammerleiters F. Werner: Faust-Duett, Siegfried-Idyll, Vorspiel zu Parsifal, Vorspiel und Liebestod aus Tristan und Isolde und Duett für zwei Stimmen. — Frau Dora Bernheim aus Berlin singt: Gebet der Elisabeth aus „Lohengrin“, sowie drei Lieder: „Der Engel“, „Schmerzen“ und „Träume“, Anfang 8 Uhr. — Tod eines berühmten Arztes. In Wien ist der hervorragende Chirurg Professor Dr. Rudolf Frank am Donnerstag in einem hiesigen Sanatorium gestorben. Professor Frank hat nur ein Alter von 51 Jahren erreicht. Die Belegung des Stuttgarter Expeditions-Gebäudes wird nach England gebracht. Die Belegung des „Terro Rosso“ wird durch einen deutschen Nachfolger ersetzt werden. Für die Manuskripten werden öffentliche Sammlungen veranstaltet, die die Summen einbringen.

Unnötigen Mittel in dem Etat einzufassen, wie das die Kommission vorgeschlagen. Wir werden aber der Kommission nur dann zustimmen können, wenn die Annahme der Zulage für die Postboten und Unterbeamten gesichert ist. Der Staatssekretär sagt in jeder Beratung des Postgesetzgesetzes die tausendfache Höhe der Zulage auszusprechen. Das ist ein Spensterherber. Es handelt sich hier lediglich um die Einführung alter Verpflichtungen, um eine Ehrenpflicht des Reichs. Übrigens sind in Württemberg, in Hamburg und Bremen die Unterbeamten viel besser gestellt. Es handelt sich hier um eine schwere Schuld der Parteien von den Konservativen bis zu den Nationalisten und der Regierung. (Sehr richtig bei den Soz.) Weiter hat der Staatssekretär in der Kommission eine nachsichtige Erklärung in dieser Frage abgegeben. Von dem Widerstand der Regierung gegen diese Forderung der Beamten zeigt auch die Befehlsung, die man den Eingaben der Unterbeamten hat zuteil werden lassen. Auch die konservativen Mittelungen, das Zentralorgan der konservativen Partei in Deutschland hat in ihrer Nummer vom 13. Oktober vorigen Jahres von Zweimittelungsstellen der Unterbeamten und von ihrem unbilligen Verlangen nach Zulagen gesprochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist das Organ derselben Leute, die nicht genug über ihre angebliche Notlage schreiben können und sich selbst auf Kosten des Volkes ihre Taschen füllen. Aber der Wille des Zentralorgans hat bei der Regierung seinen Zweck nicht erfüllt. Sie hat eine hochwichtige Untersuchung eingeleitet, um die Verhältnisse der Beamten der Unterbeamten bei den einzelnen Behörden zu ermitteln. (Hört, hört! bei den Soz.) Und der Reichskanzler soll allen oberen Reichsbehörden Anweisung gegeben haben, Eingaben der Unterbeamten nicht nur nicht stattzugeben, sondern sie überhaupt nicht zu beantworten. (Aufeufschrei bei den Soz.) In ihrer Notlage würdigt die Regierung die Beamten keiner Antwort, aber bei Wahlen sucht man doch Kundgebungen und Erklärungen der Beamten zu zwingen, diese Regierungspolitik zu unterstützen. Das ist der Gipfel hochwichtiger Bureaucratie. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Präsident Dr. Kauffmann: Dieser Ausdruck ist unparlamentarisch. Wenn es um Geld geht, soll die Regierung mit der Reichskasse herkommen. Der Reichstag wird sie gern bewilligen. (Zustimmung bei den Soz.) Aber es scheint mir an der nötigen Homogenität oder dem erforderlichen Mut zu fehlen. Entgegen dem Willen des Reichstags geschieht nichts für die Besserstellung des Personals, wohl aber werden, auch entgegen dem Willen des Reichstags, die Ostermarkenulagen wieder eingeführt. Wir werden sie nach wie vor ablehnen, wir verlangen statt dessen eine

Allgemeine Besserstellung der unteren und mittleren Postbeamten.

(Sehr richtig!) Auch bei den Verhältnissen der Telegraphenarbeiter ist kein Fortschritt zu verzeichnen, obwohl es sich um recht bedauerliche Verhältnisse handelt, über die Einrichtung einer Personalklasse ist uns eine Denkschrift vorgelegt; hoffentlich beherrschet das keine Ablehnung. Die Anrechnung der Arbeiterjahre auf das Befoldungsdienstalter, der Ausbau der Arbeiterausklasse sind abgelehnt; wir halten an dieser durchaus berechtigten Forderung fest. Noch ein paar Worte über die staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten und Arbeiter. Mit jenen Forderungen ist die Postverwaltung dieses Reichs in der Postverwaltung und Arbeiter zu erdrücken. Wer das gut heißt, kann in den Beamten keine Männer von überlegenem Charakter erblicken, sondern drückt sie zu Sklaven und willenlosen Sklaven herab. (Sehr wahr!) Das ist Terrorismus in jammervoller Form. Wir haben diese Politik immer bekämpft und werden sie auch weiter bekämpfen. Auch die Staatsarbeiter und Beamten sind nicht Bürger zweiter Klasse, und alle Versuche, ihnen die staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen, sind nichts anderes.

als Akt rechtswidriger Willkür.

(Präsident Kauffmann ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Die Beamten sind sich zu den Parteien und zur Sozialdemokratie stellen, geht lediglich sie selbst an, wer sie an der freien Entscheidung hindert, der scheint kein reines Gewissen zu haben, der scheint ihre Entscheidung zu fürchten, und erzielt nichts weiter als Gefinnungslumderei. (Zustimmung bei den Soz.) Mit solcher Politik werden die Sozialdemokraten nicht zufriedig. Vom Parteipolitikpunkt aus betrachtet, können wir mit der Postpolitik uns abfinden; denn der Staatsfiskus hat seine Politik nicht, wenn auch wider Willen, unsere besten Propagandisten unter dem Postoffizier. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, sind sie ein Teil von jener Kraft, die das Volk will und doch das Gute schafft. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Reichssekretär Kauffmann: Die Budgetkommission hat gewisse Positionen des Etats erhöht. Aber der Reichstag kann das nicht einseitig tun. Materiell hat der Bundesrat zu den Beschlüssen der Budgetkommission noch nicht Stellung genommen. Abg. Dr. Genschmidt (Nat.): Die Budgetkommission wünscht eine Besserstellung der unteren, mittleren und höheren Beamten; natürlich kann der Reichstag diese Besserstellung nicht einseitig vornehmen, doch hoffe ich, daß der Bundesrat uns entgegenkommen wird. — Exparniss wollen wir natürlich gern machen aber nicht bei der Ostmarkenpolitik. Die Beamten in den Ostmarken müssen glauben, daß die Zulage ihnen dauernd gewährt wird. (Widerspruch bei den Polen; Zustimmung bei den Soz.: Das war ein Überglaube!)

Abg. Biand (Botr.) bezieht eine Resolution auf Gleichstellung der in Schlaf-Lohnungen beschäftigten Post- und Telegraphenbeamten mit den Beamten der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahn, in Bezug auf die Gewährung nichtrentenfähiger Zuschüsse.

Abg. Berner-Gießen (Anti.) bedauert die Ablehnung der Ostmarkenulage in der Kommission und wendet sich gegen die weitere Einstellung von Frauen in den Postdienst. Die Verbesserungsverhältnisse der mittleren Beamten bedürften der Verbesserung. Redner fordert dringend eine Uniform für die Reichsanwärter der Telegraphenverwaltung.

Die weitere Debatte wird auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik in der chemischen Fabrik von Schoeder u. Pexold in Kassel.

Der ungenügende Beobachter glaubt vielleicht, daß es sich da um einen kleinen Belagerungsstand handelt. Nicht weniger als 4-5 Gendarmeriewachtmänner und ein Ordnungsbatt sind trüben, mittags und abends zur Stelle, um — ja, wo wir das möchten! Man versucht, die ruhig auf- und abgehenden oder auch dasisenden Streikposten zu verjagen. Man möchte ihnen, sie wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vom Plage weg verschaffen zu wollen. Einige der Streikenden sind aufgeschrien worden, warum, das wissen die Götter, furcht man könnte ein Vergehen, was zum schärferen Straf herausfordert. Wissen denn die Beamten nicht, daß das Streikposten-Verbot geübt ist? Und dann sind noch die Streikenden auch noch prunkhafte Staatsdiener, genau so wie die Herren Beamten auch. Vielleicht überzeugen sich auch einmal andere Leute und beobachten das Vorgehen der Ordnungshüter.

Ein einseitiger Anblick bietet sich dem Beobachter dar, wenn die Herren Arbeitswilligen Felerabend haben. Vor dem Fabrikator wird in Reich und Gieß angetreten und dann geht es unter dem Schutze der bewaffneten Macht nach der Stadt hin zu. Früh werden dann die Arbeitswilligen auf dieselbe Weise nach der Straße ihres zumreichen Zieles geleitet. Genau so führt man auch die in einzelnen Ziegeleien beschäftigten Streiklinge von und zur Arbeit. Es muß doch ein besonderes erhebendes Gefühl für die Herren Arbeitswilligen sein, wenn man weanen ihnen ein so starkes Aufgehört von Ordnungshütern aufstellt. Unter solchen Umständen ist es den Streikenden wirklich nicht bange, umso mehr, als wir ja genau wissen, wie es im Betrieb aussieht.

Die Streikenden stehen nach wie vor fest. Nicht ein einziger ist bisher wankelmütig geworden. Solange eine Einigung nicht zustande gekommen ist, dauert der Streik unverändert fort, ist der Betrieb nach wie vor für organisierte Arbeiter gesperrt. Wir bitten die gesamte Arbeiterschaft um moralische Unterstützung.

Die Firma gibt sich die erheblichste Mühe, brauchbare Arbeitswillige heranzuziehen. Sie versucht sich seit einigen Tagen an den Verein gegen Verarmung und Bettel auf der Wastlagasse und findet dort auch die bereitwilligste Unterstützung in der Vermittelung der gemündeten Arbeitswilligen. Kollegen, macht überall bekannt, daß bei der Firma Schoeder u. Pexold gestreikt wird, weil von Seiten der Firma der im Februar 1912 mit dem Verband der Fabrikarbeiter abgeschlossene Tarifvertrag nicht innegehalten wird. Kein einziger streikender Arbeiter werde zum Verräter an seinen Arbeitsbrüdern. Hoch die Solidarität!

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Breslau.

Stadt und Provinz.

Der Bericht der Zahlstelle Breslau des Bauarbeiterverbandes ist eben herausgegeben worden. Er weist im allgemeinen ein erfreuliches Fortwärtkommen der Organisation am Orte nach. Es sind eingetreten 877 (davon 257 wiederholt), zugerechnet 328, aus anderen Verbänden übergetreten 32, abgetreten 267, in andere Verbände übergetreten 38, gestorben 45, ausgeschieden 28, ausgeschieden 1, zum Militär eingezogen 24, gestrichen 340, an den Zweigverein Zrebütz abgegeben 80. Die Mitgliederzahl beträgt am Schlusse des Jahres 1912 3444 gegen 3370 am Schlusse des Jahres 1911. Sie hat also um 174 zugenommen.

Die Arbeitslosigkeit betrug im Berichtsjahre im Durchschnitt 20 Prozent. Daraus ergibt sich, daß die Bauaktivität im vorigen Jahre nicht besonders glänzend war. Die Zement- und Betonarbeiter haben im Berichtsjahre eine besondere Gruppe gebildet, die sich gut zu entwickeln scheint. Einen recht erfreulichen Ausgang nahm die Lohnbewegung der Hölzerer. Am 25. Juni kam ein Vertrag zustande. Derselbe läuft bis zum 30. Juni 1913, und ist in seinen Grundzügen einseitlich. Nur die Festsetzung des Stundenlohnes in den einzelnen Bezirken überlassen. Dieser bewegt sich gegenwärtig in den einzelnen Orten zwischen 70 und 80 Pfg. Die Landzulage wird selbst in den zurückgehenden Jahren bis zum 1. Oktober 1913 bis auf 3 M. gesteigert, so daß sie dann über das ganze Reich einheitlich ist. Von ganz besonderer Bedeutung ist auch die Bestimmung, daß bei Arbeitslosen der Stundenlohn garantiert ist. Ebenso ist bei Montagearbeiten das Jahrgeld für die dritte Wagenklasse bewilligt. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden.

Die Lohnbewegung der Stukkateure war weniger erfolgreich, weil die Solidarität der Kollegen sehr viel zu wünschen übrig läßt. Sehr gerätet wird auch über die Affordarbeit der Träger, sie verleitet die Kollegen zu Arbeitsleistungen, die ihre Kraft übersteigt. Die Entscheidung für diese Arbeit ist weit geringer, als sie der Unternehmer im Stundenlohn zahlen müßte. Er ist damit natürlich mit der Affordarbeit sehr zufrieden. Die Arbeiter aber müssen einsehen, daß sie sich selbst schädigen.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Schiffszimmerer. Die organisierten Schiffszimmerer haben bei der Millionenfirma C. Wollheim in Breslau am 29. Januar die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderung, denselben Lohn zu erhalten, wie er auf den übrigen Schiffszimmerern Breslaus gezahlt wird, von der Firma kurzer Hand abgelehnt wurde. Nach vierzehntägigem Streik ist jetzt die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt, nachdem die Firma sich zur sofortigen Erhöhung des Lohnes um 2 Pfg. pro Stunde und zu einer weiteren Erhöhung um 2 Pfg. ab 1. März 1914 bereit erklärt hatte. Außerdem soll von jetzt ab für die besonders schwere Arbeit des Samstagsarbeitens und des Streckentragens eine Ergänzungsvergütung von 25 Prozent des Lohnes erfolgen. Es ist hier die erste schriftliche Vereinbarung zu verzeichnen, die die Firma Wollheim mit Arbeitern eingegangen ist.

Deutsches Reich und Ausland.

Zur Lohnbewegung in der Binnen-Schifffahrt. Der deutsche Transportarbeiterverband und der Zentralverband der Maschinen- und Heizer hatten die Firmen in der Binnenschifffahrt, die dem Unternehmerverband nicht angehören, zu einer Verhandlung am 12. Februar nach Berlin eingeladen. Es waren über 60 Firmen vertreten. Die Verhandlungen hatten ein befriedigendes Resultat. Die anwesenden Unternehmervertreter erklärten sich mit einigen Ausnahmen bereit, eine Regelung der Nachtrabe vorzunehmen. Es wurde dann nachfolgender Vorschlag der Unternehmer angenommen:

1. Die Grundlage zur Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen liegt in folgenden Punkten zusammen:
 - a. Eine gemeinsame ununterbrochene Nachtrabe von fünf Stunden für das Jahr 1913, von sechs Stunden für die übrige Dauer des Jahres.
 - b. Die Nachtrabe ist an Mann und Fahrzeug gebunden und fällt in die Zeit von abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr.
 - c. Anfang und Ende der Nachtrabe wird durch den Schriftführer bestimmt.
 - d. Wird das Fahrzeug durch elementare Ereignisse an der Fahrt verhindert, so fällt die Nachtrabe aus, wenn die Behinderung der Zeitdauer der vor-schriebenen Nachtrabe gleichkommt oder diese überschreitet. Voraussetzung ist, daß die Mannschaft während der Fahrtunterbrechung zu Arbeiten nicht herangezogen wurde, andernfalls ist die Nachtrabe nachträglich zu gewähren.
2. Diesen Firmen, die sich verpflichten, die Arbeitszeit-regelung in dieser Form in ihrem Betriebe einzuführen, werden von den Organisationen freigegeben, sofern sie sich bereit erklären, wegen der künftigen Forderungen baldigst zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen gruppenweise nach Stromgebieten geführt werden; sie dürften schon in den nächsten Tagen beginnen.

Der Ausgang dieser Verhandlung ist der beste Beweis dafür, daß die Argumente der Unternehmer im Unternehmerverbande nicht stichhaltig sind. Die große Mehrzahl der anwesenden Unternehmer brachte bestimmt zum Ausdruck, daß eine Regelung durchaus notwendig sei.

Arbeitswilligenbeleidigung durch Arbeiterinnen. Das Schöffengericht in Bremen hatte drei Arbeiterinnen wegen Vergehens gegen § 153 G.-O. zu je 15 M. Geldstrafe verurteilt. Sie sollten während eines Streiks in Seboldsbrück bei Bremen einen Arbeiter bedroht haben. Die Strafkammer in Bremen kam jetzt zu einer Freisprechung. Der angeklagte bedrohte

Arbeiter verwickelte sich so in Widersprüche, daß das Gericht auf weitere Zeugen verzichtete.

Einigung im Köhler-Holzgewerbe. Der Arbeitgeber-Schuhverband für das deutsche Holzgewerbe, der deutsche Holzarbeiterverband und der christliche Holzarbeiterverband stellten hier selbst geschlossene Versammlungen ab, um zu dem Schiedspruch des Freiherrn von Lerpsich Stellung zu nehmen. Mit übergroßer Majorität wurde von allen Organisationen der Schiedspruch gutgeheißen, sodaß der drohende große Kampf im Holzgewerbe für Köln aus dem Wege geräumt ist.

Zum Streik auf der Hamburger Hochbahn nahm die Hamburger Bürgererschaft im Verlauf der Budgetberatung am Mittwoch Stellung. Genosse Dönse schloß die traurigen Lohn- und Einstellungsbedingungen, die das Personal der Hochbahn in den Ausland arbeiten haben. Im Anschluß daran kritisierte er das Verhalten der Polizeibehörde, die sich durch einen Entlass gegen das Streikrecht der Arbeiter gewandt hat. Senator Sander verteidigte das Verhalten der Polizei, schwieg sich aber über die Lohnfrage aus. Von den meisten bürgerlichen Fraktionen wurde jedoch anerkannt, daß die Löhne der Hochbahngestellten für Hamburg unerhört niedrig seien. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die staatliche Aufsichtsbehörde die Hochbahngesellschaft veranlassen müsse, angemessene Löhne zu zahlen. In dieser Stellungnahme war die gesamte Bürgererschaft bis auf einige Großkapitalisten von der Ansicht, die zum Teil am Hochbahnunternehmen selbst finanziell beteiligt sind, einig. Nach dem Streik hat auch bereits eine Aufbesserung der Löhne stattgefunden.

Briefkasten.

- Sprechstunden des Redaktion Bochum am 12. 12. 1912.
- Schriftliche Anfragen mit nur männlichen Namen.
- W. 100. Das Zeichen bedeutet geringe Richtungsfehler an den Vamen, soweit dadurch der Dienst bei den einzelnen Waffengattungen erschwert wird, z. B. X oder O-Rette.
- B. 88. Als Werkführer müssen Sie in der Unfallversicherung sein. Die Beiträge für die Invaliden-Versicherung fließen Sie freiwillig weiter.
- G. O. Ostel und Nichte können sich heiraten; gesetzliche Hindernisse stehen einer solchen Ehe nicht im Wege.
1000. Köhnshütte. Wenden Sie sich an die Dresdenener Volkshaus in Dresden; wir können Ihnen diese Geschäfte nicht angeben.
- A. Schieferwerderstraße. Wir kennen das Statut dieses Vereins nicht; deshalb wissen wir auch nicht, ob Sie noch Beiträge zu zahlen haben. Schreiben Sie uns die Satzungen.
- S. J. Helmuthstraße. 1. Der Verein „Arbeiterpresse“ ist dazu geschaffen worden, die Arbeitsverhältnisse der Angestellten in der modernen Arbeiterbewegung zu regeln. 2. Können Sie zu uns in die Redaktion. 3. Ja, Sie erhalten diese Schriften durch die Buchhandlung der „Volkswacht“.
- G. Ohlan. Die Haftpflichtversicherung tritt nur ein, wenn der Besitzer des Autos eines solchen Versicherung angehört und deren Vorschriften dahin lauten, daß sie auch bei Unfällen von Tänzenden eingreift.
- J. P. Dicker Brunnen kann nach unserer Ansicht vom Amtsvorsteher nicht ohne weiteres geschlossen werden. Beschweren Sie sich beim Landrat.
- W. 100. Der junge Mann muß mit Gewalt aus der Wohnung entfernt werden, wenn er gutwilling nicht auszieht.
- G. B. Gletwick. Unterdrückung oder Verzug liegt nicht vor. Sie müssen den Mann wegen des Geldes beim Amtsgericht verklagen.
- A. Georgenstraße. Das Grammophon darf nur bis 10 Uhr abends spielen.
- A. K. Lissa. Sie haben nicht nötig, sich an den Schiedsmann in Breslau zu wenden. Der Schiedsmann ist der Schiedsmann nur dann anzurufen, wenn beide Parteien in einem Orte wohnen.
- Altehl. Ja.
- Glaguth-Waschhaus. Die Sache wird vom Partei-Sekretariat in Breslau erledigt.
- G. S. Jawobzje. Warum wollen Sie an den Übungen der Pflichtfeuerwehr nicht teilnehmen? Es ist nach den Bestimmungen jeder Einwohner vom 18. bis 60. Lebensjahre dazu verpflichtet.
- W. B. Bries. Wenden Sie sich an das Auswanderungsbureau in Berlin, Schellingstraße 4.
- W. Kriewald. 1. Unterstützt die Gemeinde jemanden, so kann sie von dessen Kindern oder Eltern verlangen, daß diese die Kosten zurückzahlen. Das gilt für die Unterstümann mit Geld, für die Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus um. 2. Nein, einen solchen Arzt können wir Ihnen nicht angeben, weil uns keiner bekannt ist. 3. Der Wohnort hat von einer Haftpflichtversicherung nichts zu verlangen; er hat sich nur an den zu halten, der ihm die Verletzungen zufügte.
- A. S. Frankfurterstraße. Warschau fiel 1795 bei der dritten Teilung von Polen an Preußen und blieb preussisch bis 1836, wo es am 23. November die Franzosen besetzten. Im Jahre 1813 nahmen die Russen wieder Warschau in Besitz.



Das Beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Schuhen und Spülen. Aithwehrt und unarracht! HENKEL & Co. Düsseldorf.

Henkels Bleich-Soda